

Annoncen-

Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Kretz & Co.,
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Breitkopf,
in Meseritz bei J. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Annoncen-

Annahme-Bureaus,
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank“.

Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Nr. 276.

Sonnabend, 21. April.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Der dänische Verfassungskonflikt.

Der Zwiespalt zwischen der Volksvertretung, insbesondere dem Folketing, d. h. der zweiten dänischen Kammer und der Regierung ist nachgerade ein chronischer geworden, in dessen Verlauf nur die verschiedenen Entwicklungsläden von mehr oder minder hervorstechendem Interesse sind. Bereits seit länger als sieben Jahren währt der Kampf gegen das Ministerium Estrup, ohne daß es dem Folketing gelungen wäre, denselben auch nur vorübergehend das Ruder aus der Hand zuwinden. Im Gegenteil, es scheint, als würde die Position Estrups in der Gunst Christian IX., seines königlichen Herrn, durch alle die ihm zu Theil gewordene Anfeindungen nur mehr und mehr befestigt. Viermal im Laufe der letzten sieben Jahre hat der König seinen ersten Minister mit der Auflösung des Folketing beauftragt, um dadurch gleichsam einen Appell an das Land selbst zu richten und viermal ist die Antwort gleichlautend ausgefallen: die Opposition ist jedesmal in gleicher, sogar größerer Stärke aus den Wahlen hervorgegangen. Herr Estrup, dem ein solches konsequentes Echo nicht unverständlich bleiben konnte, deckt sich nach wie vor mit dem Palladium der königlichen Gunst und röhrt sich dem deutlichsten Desaveu zum Trotz nicht vom Platze. „Hier bin ich — hier bleib' ich.“

Das gegenwärtige Stadium des Konfliktes wäre nun wiederum so recht geeignet, eine Auflösung des Folketing in Szene zu setzen, doch scheint die Regierung, nachdem sie die Erfolglosigkeit des für das Land immerhin wenig vortheilhaften Frage- und Antwortspiels eingesehen hat, desselben überdrüssig zu sein. Die Kammer ihrerseits bleibt ihrem Prinzip treu, indem sie nichts, durchaus nichts unversucht läßt, was ihr zur Beseitigung des verhaften Regimes zu führen scheint. Sie hat mit 72 gegen 20 Stimmen eine Adresse an die Krone votiert, in welcher dem allgemeinen Misstrauen des Landes gegen das Ministerium formell Ausdruck verliehen wird. Die Form der Adresse läßt in der That an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Das Folketing erachtet es für seine Pflicht gegenüber König und Volk, noch vor dem Schluß dieser Reichstagsession die Ausmerksamkeit Em. Kaiser auf die Missstimmung gegen das jetzige Ministerium hinzuwenden, welche sich durch alle Schichten der Bevölkerung in steigendem Grade verbreitet, sowie auf die stetig wachsende Belämmernis, mit welcher vaterlandsliebende Männer auf die Fortsetzung einer Politik blicken, die sich nach innen und außen zur Förderung der Wohlfahrt des Landes gleich kraftlos gezeigt und deren Mangel an Fähigkeit zur Herstellung der Eintracht zwischen Volk und Regierung sich durch die vergleichbaren politischen Kämpfe so vieler Jahre als bestinnungslos geoffenbart hat.“

Es wird aller der mißlungenen Versuche zu einer Verständigung Erwähnung gethan, auch auf die in fruchtbarem Antagonismus versloffenen Sessonen des Folketing hingewiesen, wodurch jede esprielle gesetzgebende Tätigkeit unmöglich gemacht worden sei. Die von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfe, von denen die meisten schon dem früheren Folketing vorgelegen haben, sind in diesem Jahre ohne jede Behandlung einfach ad acta gelegt worden, während das Ministerium seinerseits jede amtliche Mitwirkung zur Förderung einer Reihe geringfügiger bedeutungsvoller Gesetzesvorlagen verweigerte, welche aus der Initiative der Landesvertretung hervorgegangen waren. Man scheint also in beiden Heerlagern von der Fruchtlosigkeit jedes erneuten Annäherungsversuches fest überzeugt, in gleichen auch beiderseits entschlossen zu sein, auf keinem Punkte eine Konzession zu machen. In richtiger Erkenntnis der dem Lande aus dieser unerquicklichen Situation erwachsenden Schäden legt die Adresse dem Könige die sich nach dieser Richtung ergebenden Konsequenzen besonders an's Herz.

Ein allgemeiner, Jahre lang andauernder Stillstand der wichtigen Interessen des Landes wirkt doppelt zerstörend in einer Zeit, in der alle Völker einen angestrengten Wettkampf in der Entwicklung und im Fortschritt führen. Unser kleines, hart bemühtes Land wird auf die Dauer eine Regierung nicht ertragen können, die geduldig alle Mängel wachsen und allen Fortschritt aufzören sieht, während sie auf eine Auslösung mit dem Volke wartet, die sie niemals gewinnen wird. Die Regierung hat das Folketing viermal aufgelöst. Eine Wahl nach der anderen hat durch eine stetig wachsende Majorität die Auffassung des Thinges befähigt. Es ist unzweifelhaft, daß auf diesem Wege das bestehende Missverhältnis nicht beobeten werden kann.“

Aus allen diesen Erwägungen wendet sich das Folketing an den Thron mit dem Wunsche, es möge dem Könige „glücken, für ein fruchtbringendes Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Gliedern der gesetzgebenden Faktoren die Bedingungen zu schaffen“, was zu deutsch nichts anderes heißt, als es möge dem Könige gefallen, das Ministerium Estrup in Gnaden zu entlassen, eine Zumuthung, die nach alledem, was vorausgegangen, nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung hat, ja sogar über den Aussichtslosigkeit das Folketing selbst nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen sein kann. Es handelt sich hierbei wahrscheinlich lediglich um eine Formierung, die als die Vorbereitung für weitere Maßnahmen des Folketing anzusehen ist. Zum mindesten aber beabsichtigt die Volksvertretung dem Lande gegenüber nochmals ihren Standpunkt zu dokumentieren, der mit zinger Ausnahme der Hauptstadt Kopenhagen den Wünschen

und der Überzeugung des dänischen Volkes vollkommen konform ist.

Die dem Könige nahegelegte Enthaltung seiner langjährigen Berather hat um so weniger Aussicht auf Erfolg, als das Landsting, die erste Kammer, im strikten Gegensatz zu den Beschlüssen des Folketing eine Gegenadresse votirt hat, deren Wortlaut zwar noch nicht vorliegt, die aber der Hauptfrage nach konstatirt, daß dem Ministerium an der Stagnation der Gesetzgebung keinerlei Schuld beizumessen sei. Im Ueblichen wird das ganze Verhalten des Folketing, welches sich unbefugter Weise in die Wahl der Minister durch den König einmischt, prinzipiell verurtheilt, und einer sachgemäßen und objektiven, von allen Personenfragen unabhängigen Behandlung der Gesetzesvorlagen das Wort geredet. Die Adresse schließt mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß der König „wie bisher, so auch ferner durch diejenigen Minister, denen er sein Vertrauen schenkt, die grundgesetzliche Ordnung in jeder Beziehung aufrecht zu erhalten wissen werde.“ Das Folketing wird also hiermit von dem Landsting unzweideutig und in aller Form dem Ministerium gegenüber ins Unrecht gesetzt.

Beide Adressen sind nun dem König am Mittwoch nach einer voraufgegangenen Berathung des Staatsraths durch je eine Adressdeputation zugleich überreicht worden. Der König nahm die Adressen von den Deputationen in eigener Person entgegen. Der Deputation des Folketing gegenüber erinnerte der König an die Erfolglosigkeit der Reichstagsession, was zum großen Theile auf die ablehnende Haltung des Folketing zurückzuführen sei. Insbesondere sei die Regierungsvorlage wegen der Befestigung Kopenhagens rundweg zurückgewiesen worden. Er hoffe auf die Erkenntniß, „daß eine Verständigung nur durch Verhandlungen zwischen den beiden Things und der Regierung zu erreichen sei.“ Der Adressdeputation der ersten Kammer erwähnte der König, „er habe den festen Willen, die grundgesetzliche Ordnung durchweg aufrecht zu erhalten.“ Man wird zugeben, daß diese Antworten so inhaltsleer und nichtsagend sind, wie nur irgend möglich. Da aber die Wahlen zum neuen Reichstage eine Änderung des Wahlergebnisses für das Folketing keineswegs erhoffen lassen, so wird der Zustand der Unfähigkeit und Dummheit aller Voraussicht nach mit ungeschwächter Kraft fortgesetzt werden.

Der Handelsvertrag mit Serbien.

Dem Reichstag ist der am 6. Januar 1883 zu Berlin unterzeichnete Handelsvertrag zwischen Deutschland und Serbien zur Beschlussoffnung zugegangen. Einer beigefügten Denkschrift entnehmen wir die folgenden Angaben:

Die wirtschaftliche Bedeutung Serbiens liegt im Ackerbau, in der Viehzucht und in seinem Reichthum an Rohmaterialien aller Art. Von Industrien sind nur Bierbrauereien, Branntweinbrennereien und Mühlen und die Ansertigung von Gebrauchsartikeln für Haus und Feld heranzubringen. Bezüglich fast aller industriellen Erzeugnisse ist Serbien auf die Produktion des Auslandes angewiesen und bietet daher auch für die deutsche Ausfuhr einen aufnehmefähigen Markt, um so mehr als nach Fertigstellung der serbischen Eisenbahnen, insbesondere der Orientbahn, auch der für die Hinterländer Serbiens bestimmte Absatz seinen Weg zunächst nach Serbien nehmen wird.

Eine genaue Statistik des Waarenverkehrs Serbiens mit dem Auslande fehlt. Der Werth der Ausfuhr hat in den Jahren 1871 bis 1875 durchschnittlich etwa 32 Millionen Franken pro Jahr, derjenige der Einfuhr etwa 29 Millionen Franken betragen. Die Hauptausfuhrartikel sind Schweine, Schafe und Ochsen, Weizen, Hafer, Roggen, Gerste, Mais, Pflaumen, Knöppern, Wolle, Wein, Holz und eisene Jagdauben, Schaf- und Lammfelle, Schmalz, Speck und Talg. Bei der Einfuhr nach Serbien sind von Industrieartikeln von besonderer Bedeutung: Wollen, Baumwollen- und Leinenstoffe und Kleider, Eisenwaren, Kurzwaaren, Leder, Zucker, Holzwaaren, Chemikalien und Salz.

Der Anteil Deutschlands an der Einfuhr nach Serbien hat nach einer vor einigen Jahren vorgenommenen Schwächung 4 bis 5 Millionen Mark betragen und wird inzwischen nicht unerheblich gestiegen sein. Von besonderer Bedeutung sind wollene, halbwollene, baumwollene und halbfiedene Stoffe und Kleider, Kurzwaaren, Leder, Eisen- und Stahlwaren, Strümpfe, Posamentier- und Bandwaren, Sammte, Farbwaren, insbesondere Anilinfarben, Chemikalien, Droguen und Salz, Spielwaren, Porzellan und fine Thonwaren, Parfümerien, Seifen und Kerzen, Papier, Lehrmittel, Stahlfedern und Bleistifte.

Provisorische Meistbegünstigungsverträge hat Serbien in den Jahren 1879 bis 1881 mit Italien, Belgien und mit den Niederlanden, definitive Handelsverträge mit Großbritannien, mit Österreich-Ungarn, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Griechenland abgeschlossen. Dem Vertrage Deutschlands mit Serbien liegt insbesondere der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien geschlossene Handelsvertrag zu Grunde. Am einzelnen und insbesondere hinsichtlich der Abweichungen des deutschen Vertrags von jenen Verträgen ist Folgendes zu bemerken:

Die Bestimmungen über die Einstellung der fremden Staatsangehörigen mit den Nationalen bzw. der meistbegünstigten Nation, die gegenseitige Freiheit, das Recht der Ansiedlung und des Erwerbs von Grundbesitz und Realitäten aller Art, die Freiheit des Handels und jeder Vermögensdisposition unter Beobachtung der Landesgesetze, die Regelung der Rechtsverhältnisse der beiderseitigen Aktiengesellschaften und sonstigen Handelsgesellschaften auf dem Fuße der Meistbegünstigung, die Bestimmungen über die Steuerpflichtigkeit der Geschäftsführer, Spediteure etc. und über den Schutz der Mo-

derate 20 Pf. die jeweilsgepaßte Pettizelle über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Hinsichtlich der Behandlung der Ein-, Aus- und Durchfahrts- wie der Zollregelung überhaupt, ferner hinsichtlich der für Rechnung des Staats, einer Gemeinde oder Corporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren ist deutscherseits lediglich das Recht der Meistbegünstigung Serbien zugestanden worden.

Dagegen ist der serbische Zolltarif in seiner Gesamtheit gebunden worden, indem für alle in Anlage B des Vertrags nicht namentlich aufgeführt Waren nach dem Vorgang des österreichisch-ungarischen Vertrags ein Wertholl von 8 Prozent vereinbart ist. Die Gewichtszölle bewegen sich mehr oder weniger unterhalb dieser Grenze. Außerdem ist es gelungen, von Serbien das für die deutsche Exportindustrie wichtige Zugeständnis zu erlangen, daß neben dem Gewichtszoll für fast alle Artikel dem Importeur in jedem einzigen Fall die Wahl zwischen der Anwendung dieses oder eines bestimmten Wertholls offen gelassen ist.

Für eine größere Anzahl für Deutschland besonders wichtiger Exportartikel sind besonders ermäßigte Zölle vereinbart, und zwar:

	pro 100 Kg.
1. Strumpf- und Posamentierwaren aus Wolle	100 Trl.
2. Bandwaren aus Wolle	70 "
3. Schwefelsäure	0,75 "
4. Anilinfarben	50 "
5. Blei- und Farbenfarbe	25 "
6. Strumpfwaren und Sammet aus Baumwolle	85 "
7. Bandwaren aus Baumwolle	40 "
8. Halbseidenwaren	350 "
9. Fertige Wäsche aus Baumwolle oder Leinen	100 "

Ferner ist es gelungen, Kinderspielwaren aller Art — dem von der deutschen Spielwarenindustrie ausgesprochenen und von den beteiligten Bundesregierungen unterstützten dringenden Wunsche entsprechend — in eine einzige Position zusammenzufassen, und zwar mit dem sehr mäßigen Zollsatz von 6 Prozent. Aufgenommen sind nur Spielwaren aus Holz, welche geringeren Gewichtszöllen unterliegen. Für „Alles andere (— als gemeines —) Leder“ ist der Wertholl auf 7 Prozent ermäßigt und für Wein auf 6 Trl. resp. 8 Prozent festgesetzt worden.

Schließlich ist noch als ein wertvolles Zugeständnis Serbiens die in das Schlusprotokoll zu Artikel V aufgenommene Stipulation zu bezeichnen wonach die Salzmonopolverwaltung Serbiens verpflichtet ist, so viel Salz deutscher Ursprungs vorräthig zu halten, daß der Nachfrage nach solchem Salz jederzeit in vollem Umfang entzrochen werden kann.

Deutschland.

+ Berlin, 19. April. Die Erörterungen über die parlamentarische Geschäftslage, welche heute den Schluss der Berathung des Abgeordnetenhauses gebildet haben, knüpfen an die zwischen den Präidenten des Reichstags und des Abgeordnetenhauses gemachten Vorschläge an, das Zusammentreffen von Reichstag und Landtag als eine absolute Nothwendigkeit anzuerkennen und eine Theilung der täglichen Sitzungszeit zwischen den beiden Parlamenten in der Weise herzuführen, daß das Abgeordnetenhaus seine Sitzungen auf die Zeit bis Nachmittags 1 Uhr beschränkt und dem Reichstage die Nachmittagsstunden überläßt. Daz es, abgesehen von allen anderen Rückichten, möglich sei, bei einer solchen Vertheilung große und umfassende Gelehrte, die Revision der Verwaltungsgesetze auf der einen, die Krankenlassengesetze auf der anderen Seite, durchzubringen, erscheint unter allen Umständen ausgeschlossen. Die parlamentarische Tätigkeit, namenlich der am meisten sachverständigen und der leitenden Mitglieder der Parteien beschränkt sich keineswegs auf die Theilnahme an der Plenarberathung; es muß doch Zeit und Muße vorhanden sein, über die Richtung von Abänderungsanträgen und über die Behandlung derselben eine Verständigung herzuführen. Zudem werden auch auf längere Zeit die Kommissionen in beiden Parlamenten in Tätigkeit sein müssen. Unter sonst normalen Verhältnissen würden demnach die Vorschläge der Präidenten in keiner Weise die Kollision erträglich machen.

Die kaiserliche Botschaft an den Reichstag, deren Nichtberücksichtigung die preußische Regierung für ihren Theil gewiß nicht empfehlen wird, läßt den Vorschlag vollends als unannehmbar erscheinen. Die Regierungen haben dem Reichstage die möglichst rasche Förderung der sozialpolitischen Vorlagen dringend ans Herz gelegt. Die große Mehrheit des Reichstags hat den guten Willen, dieser Anregung Folge zu leisten. Um so berechtigter aber ist die Forderung, daß der preußische Landtag dazu mitwirke, dem Reichstage die möglichst rasche Erledigung seiner Geschäfte zu ermöglichen. Daz die Liberalen es darauf abgesehen hätten, die wichtigen Gesetzentwürfe, mit denen der Landtag beschäftigt ist, unter den Tisch fallen zu lassen, ist eine haltlose Verächtigung. Es würde allen Bedürfnissen entsprechen, wenn die Mehrheit der beiden Häuser des Landtags sich mit der Regierung über die Vertagung des Landtags bis zum Herbst verständigt, zu welchem Zeitpunkt das Abgeordnetenhaus seine Arbeiten an dem Punkte, an dem sie jetzt angelangt sind, wieder aufnehmen und vor dem Beginn der Reichstagsession erledigen könnte. Diejenigen Parteien, denen es um die Förderung der Sozialreform Ernst ist, werden diesen Vorschlag nicht abweisen können. Sobald der Landtag die Vorlage über die Sekundärbahnen beschlossen hat, liegen weitere Vorlagen, deren Erledigung dringend ist, nicht mehr vor. Weder die Regierung noch die Parteien können ein dringendes Interesse haben, über die Ver-

waltungsgesetze, die neue Subsistationsordnung, die Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg, die Kanalvorlage u. s. w. gerade in den nächsten Wochen eine Entscheidung herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist es nur unter der Voraussetzung, daß der preußische Landtag jetzt verlegt wird, denkbar, daß der Reichstag noch in dieser Session das Unfallversicherungsgesetz, auf welches die Botschaft das Hauptgewicht legt, ganz zu erledigen oder wenigstens soweit zu fördern im Stande ist, daß auf die Verabschiedung derselben beim Beginn der Winteression des Reichstags mit Sicherheit gerechnet werden kann.

S. Die Kaiserin ist heute Vormittag 9^{1/2} Uhr mittels Extrajuges nach Baden-Baden abgereist. Kurz zuvor war ihr ein Telegramm des Kaisers zugegangen, daß er sie Abends in Frankfurt a. M. begrüßen würde. Kaiserin Augusta sah verhältnismäßig wohl aus; sie war der Hostrauer um den Großherzog von Mecklenburg wegen ihres Schwarz gelaubt. — Das durch die Abreise des Kaiserpaars verwäste Heim desselben, das königliche Palais Unter den Linden, ist nun während der Dauer ihrer Abwesenheit wieder dem Publikum zugänglich. Das Fahnenzimmer hat seit vorigem Jahr eine Vereicherung durch die beiden Feldzeichen erhalten, welche dem Eisenbahn-Regiment verliehen worden sind, und die jetzt ihren Platz in dem Ständer eingenommen, welcher die sämmlichen Standarten und Fahnen der hier garnisonirenden Truppen umschließt. Den Hauptanziehungspunkt in all diesen Räumen bildet doch stets das Arbeitszimmer des Kaisers, in welchem der Schreibstisch noch genau in denselben Zustand zu sehen ist, wie er ihn vor zwei Tagen verlassen. Danach scheint die Broschüre von Victor Laferte über Kaiser Alexander I. und die Nummer der Oldenberg'schen Korrespondenz, welche den Bericht der Reichstagsitzung vom 14. Februar über die Staatsberatung enthält, des Kaisers letzte Lektüre hier selbst gewesen zu sein, denn sie liegen obenauf neben der mit blauem Löschpapier bezogenen offenen Schreibunterlage. Nicht weit davon ab steht man die Menzel'schen Zeichnungen zu den Werken Friedrich des Großen. Unter der großen Anzahl von Photographien sind als neu hinzugekommen zu bemerken eine solche vom Prinzen von Wales in der Blücher-Husaren-Uniform und Kostümblätter von fast allen Prinzen und Prinzessinnen die im Festsorge am 28. Febr. d. J. mitgewirkt haben.

— Über das Einverständnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien haben sich die Minister Manzini und Visza in den Parlamenten zu Rom und Pest ausgesprochen. Sie haben sich indessen mehr bemüht, falsche Behauptungen zu widerlegen, als die Grenzen der wirklichen Abmachungen zu ziehen. Die hochflösiösen Mittheilungen der „Nord. Allg. Ztg.“ bleiben damit immer noch die eigentlichen Quellen für den Thatbestand. Die letzte Nummer des Regierungsgangs vermehrt dies Material durch folgenden Artikel:

„Die französische Presse hat sich vielfach mit dem Artikel beschäftigt, den wir über das Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien veröffentlicht haben. Wir finden darin keine Veranlassung, uns in einer Polemik über unseren Artikel einzulassen; nur wollen wir einige kurze Bemerkungen nicht unterdrücken, die sich uns beim Lesen gewisser Pariser Blätter aufgedrängt haben. Der „Rappel“ irrt sich, wenn er schreibt, daß die defensive Triple-Allianz eine offizielle werden würde, wenn das republikanische Regime durch das monarchische ersetzt werden sollte. — Deutschland würde auch einer restaurirten Monarchie gegenüber den Angriff abwarten. Dieser würde aber nicht lange auf sich warten lassen. Der „Temps“ behauptet mit Recht, daß Frankreich nicht in Deutschland anzufragen brauche, was es zu Hause zu thun habe. Das genannte Blatt wird dagegen auch konzedieren, daß Deutschland, Österreich und Italien Frankreich gegenüber in derselben Lage sind. Wenn der „Soir“ von „Ratschlägen“ spricht, die wir Frankreich ertheilt hätten, so hat er unseren Artikel nicht richtig verstanden. Es wurde in demselben kein unerbetener Rath ertheilt sondern einfach nur

Selbst die dem Brief beiliegenden Zeilen der Baronin, das Zeugniß der Sterbenden vermochte nicht die tief verlegte Mutter mit dem verhängnisvollen Schritt ihres Sohnes zu versöhnen, wenn sie auch nicht an der Wahrheit dieser im Angesicht des Todes geschriebenen Worte zweifelte. Ihr Vorurtheil war zu mächtig, ihr Stolz zu groß, um dem Professor zu vergeben oder gar Hanka zu verzeihen, möchte sie auch noch so rein und unschuldig sein.

In diesen Gesinnungen noch von ihrer Tochter bestärkt, schrieb die Frau Senator dem Professor einen neuen Brief, worin sie ihre ganze mütterliche Veredtsamkeit aufbot und weder Bitten noch Drohungen sparte, um ihn von seinem unglückseligen Entschluß abzubringen, indem sie ihm die unausbleiblichen Folgen eines so verhängnisvollen Schrittes in den düstersten Farben vorstelle und ihn an seine Pflicht gegen sie und seine Familie mahnte.

Dagegen erklärte er mit aller schuldigen Ehrfurcht für seine Mutter, daß er fest entschlossen sei, sich mit Hanka zu verbinden und eher das Neuerste zu dulden, als die Geliebte, sein höchstes Lebensglück, einem thörichten Vorurtheil zu opfern, daß er nicht sein gegebenes Wort brechen dürfe, ohne eine unehrenhafte und niedrige Handlung zu begehen, die eine selbst so ehrenhafte Frau wie sie nicht fordern könnte, daß Hanka trotz ihrer Armut würdig sei, seine Gattin und ihre Schwiegertochter zu werden, wofür ihr das Zeugniß der unterdeß verstorbenen Baronin bürgte, daß er nur mit der Geliebten oder gar nicht zurückkehren wollte und im letzteren Falle eine ihm bereits früher angebotene Professor an einer auswärtigen Universität annehmen würde.

Darauf aber wollte und konnte es die bekümmerte Mutter nicht ankommen lassen, einen so schweren Kampf es auch sie kostete, ihre Einwilligung zu der ihr verhafteten Verbindung zu geben. Noch größer als ihr Stolz, noch stärker als ihr Vorurtheil war ihre mütterliche Liebe. Die Furcht, ihren Sohn zu verlieren, wog alle ihre Bedenken auf, so daß sie sich, wenn auch mit Widerstreben, der schmerzlichen Notwendigkeit beugte.

Beruhigung unserer eigenen friedlichen Landsleute konstatirt, daß die Gemeinschaft deutscher, österreichischer und italienischer Interessen neue Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens biete. Die „République française“ ist der Meinung, kein Mensch werde im Stande sein, Frankreich zu einem neuen Eroberungskriege zu verleiten. Wir sind nicht ganz der Ansicht. Wir glauben, daß unter gewissen Bedingungen, die jedoch augenblicklich nicht vorliegen, Frankreich verleitet werden könnte, wiederum mit Deutschland anzubinden.“

— Die „Kölner Ztg.“ behauptet, sie habe „bestimmte Gründe zu der Annahme, daß die im letzten Ministerrath, welcher im Reichstage stattfand, erfolgten Erörterungen über eine kirchenpolitische Vorlage zu Schwierigkeiten geführt haben, deren Lösung im Augenblick noch nicht abzusehen ist und vielleicht das Erscheinen der Vorlage völlig in Frage gestellt haben“. Möglicherweise — fügt das Blatt hinzu — bleibe es den Debatten über den bekannten Antrag Windthorst vorbehalten, Klarheit in die Lage dieser Angelegenheit zu bringen.

— Ein, wie die „Pol. Korr.“ bemerkt, mit den vatikanischen Kreisen in Fühlung stehender Korrespondent schreibt aus Rom, 16. April:

„Ihr Korrespondent ist nunmehr in der Lage, die vollständige Genauigkeit der Analyse, die von der Antwortnote des Kardinal-Staatssekretärs auf die letzte Note Schlosser's leicht an dieser Stelle gegeben wurde, zu bestätigen und hinzuzufügen, daß diese Note vereits an ihrem Bestimmungsort eingetroffen ist. In der Art, wie sie zusammengestellt ist, und durch die statliche Reihe umfassender Erklärungen, die sie bietet, kommt sie einem berechtigten Wunsche des Berliner Kabinetts entgegen, und man geht kaum irre, wenn man annimmt, daß die Antwortnote einen keineswegs ungünstigen Eindruck gemacht haben wird. Eine andere Frage ist es freilich, was für eine Wirkung sie erzielen werde.“

— Ein Artikel der „Prov. Korr.“ ist den Verhandlungen über die Gewerbeordnung gewidmet. Derselbe setzt seine Hoffnungen auf eine „veränderte Zusammensetzung des Hauses“ in den ferneren Städten der Beratung. Der Antrag Baumhach zu § 56 b, welcher zeitweilige Verordnungen des Bundesraths von der Genehmigung des Reichstags abhängig machen will, wird unter Berufung auf die Präzedenzfälle als unannehmbar bezeichnet, da er eine Erweiterung der parlamentarischen Machtspäre anstrebe.

— Zu der Nachricht von der zum 1. Januar l. J. bevorstehenden Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung bemerkt die „N. Z.“:

„Herr v. Puttkammer hatte, wie nicht beweisbar werden kann, die Auflösung schon im verflossenen Herbst beabsichtigt, dabei aber die Vorbereitung dieser Operation ganz übersehen, es mußte ein langfames Tempo eingeschlagen werden. Nunmehr wird für den Beginn des nächsten Jahres die Auflösung in Aussicht gestellt, wir haben daher eine auslöschlich bemessene Wahlvorbereitungsperiode vor uns und dürfen auf merkwürdige Leistungen gesetzt sein. Ob die andertäglich Zabre, welche die Auflösungskampagne bis zum Ende dieses Jahres gedauert haben wird, nicht dazu benutzt werden können, um einen Modus zu finden, der weniger gewaltsam in die Verwaltung des größten städtischen Organismus Deutschlands eingreift, ist wohl kaum mehr als eine Frage zu bezeichnen. Wir können eine Behandlung der Sache, welche die städtische Verwaltung Jahre lang unter den Druck des Provisoriums stellt, als dem öffentlichen Interesse entsprechend nicht erkennen und sind überzeugt, daß die Berliner Bürgerschaft, ganz abgesehen von ihrer sonstigen Parteiliebe, die gleiche Ansicht hegt.“

— Die neuerdings an den Reichstag gelangte Petition der Gärtnerei, Gemüse- und Obstzüchter von Mainz und Umgegend wegen eines Einfuhrzolls auf gärtnerische Produkte des Auslandes hat sowohl aus gärtnerischen Kreisen als unter Blumen- und Obsthändlern lebhafte Opposition hervorgerufen. Ein sehr viel gewichtigerer Einspruch als in allen Gegenpetitionen, die von unseren neuesten Wirtschaftspolitikern immer ziemlich geringfügig behandelt werden, dürfte indessen gegen die schußzählerischen Gelüste der Mainzer Gärtnerei in einer vertragsmäßigen Verpflichtung des Deutschen Reiches liegen. Deutschland

Aber nur gezwungen gab sie nach, in ihrem Herzen blieb ein bitterer Groll gegen ihn, eine unüberwindliche Abneigung gegen Hanka zurück, die ihr das Herz ihres Sohnes geraubt, ihn durch ihre Künste zu dem bedenklichen Schritt verführt und ihn zum Ungehorsam gegen seine Mutter verleitet hatte.

Da die Frau Senator ihren selbständigen und vollkommen unabhängigen Sohn nicht hindern konnte, so sah sie sich nach schwerem Kampf gezwungen, einzuwilligen, daß der Professor sich mit Hanka, die vorläufig nach dem Tode der Baronin bei dem mit ihr befreundeten Gutsverwalter lebte, im Stillen trauen ließ und eine mehrwöchentliche Hochzeitsreise nach Prag und Wien unternahm, von der er heute zurückkehrte.

Zu diesem Zweck hatte sich auch seine Schwester, die Frau Syndikus, welche mit dieser friedlichen Wendung keineswegs einverstanden war und ihre Mutter wegen ihrer unverzeihlichen Schwäche tabellte, in Begleitung ihres Gatten, eines engherzigen Bureaucrates und ehrgeizigen Strebers, eingefunden, weniger aus Liebe für ihren Bruder, als aus Neugierde und mit der Absicht, durch ihre Gegenwart jede zärtliche Annäherung der Beilehligen zu verhindern und die Frau Senator in ihrem Widerwillen gegen die ihr aufgedrängte Schwiegertochter und den ungehorsamen Sohn zu bestärken.

Selbst in diesem Augenblick ließ es die eifersüchtige Dame nicht an spitzen Bemerkungen über das junge Ehepaar fehlen, indem sie sich das besondere Vergnügen mache, der ohnehin aufgebrachten Mutter die über die Mesallianz des Professors in der Gesellschaft gefällten boshaften Urtheile mit geheucheltem Bebauern mitzutheilen.

Unter so peinlichen feindseligen Verhältnissen fand das für die Familie Winter so schmerzhafte Wiedersehen statt. Mit bitteren Gefühlen erwartete die Mutter den sonst so geliebten Sohn, mit finstrem Groll die ihr verhasste Schwiegertochter, während Reid und Mihguntz die Schwester und den Schwager erfüllten. Selbst die alten Wände mit den verschossenen Tapeten, die düsteren Möbel, die dunklen Portraits der stolzen Patricier schienen die allgemeine Verstimmung zu teilen und den unfreundlichen Eindruck noch zu steigern.

Da war keine Blume, kein frischer Kranz, womit man sonst den heimkehrenden Sohn des Hauses empfängt, kein noch so kleines Liebeszeichen, womit die Angehörigen ein eben vermaßtes

hat sich zwar seit Jahren gehütet, irgend einen Satz seines Zolltarifs in einem Handelsvertrage zu binden, aber in dem Handelsvertrage mit der Schweiz vom 23. Mai 1881 ist, entsprechend den in dem früheren Vertrage enthaltenen Bestimmungen, für eine Reihe von Artikeln gegenseitige Zollfreiheit stipuliert worden, und unter diesen Artikeln befinden sich auch die Erzeugnisse der Gärtnerei. Die Mainzer Petition weiß ganz genau anzugeben, wie hoch die Zollsätze für Schnittblumen, abgeschnittenes Grün, Obst, Gemüse und Baumzuckerartikel zu bemessen sind; aber in dem Vertrage mit der Schweiz ist festgesetzt, daß bis zum vorläufigen Ablaufe derselben, das heißt bis zum 30. Juni 1886, das deutsche Reich von Eingangsabgaben gänzlich freilassen wird: frische Garten- und Futtergewächse, Kartoffeln, frische Wurzeln, frisches Obst und lebende Gewächse (doch nicht in Töpfen oder Kübeln.) Da auf die hierdurch der Schweiz zugestandene Zollfreiheit alle Staaten Anspruch haben, mit welchen Deutschland vertragmäßig im Meistbegünstigungs-Verhältnis steht, so hat die Mainzer Petition für die nächsten Jahre schwerlich Aussicht auf Erfolg. Haben somit die Mainzer Gärtnerei sich vergeblich bemüht, bei der Ausheilung von Schätzjahren sich ebenfalls einen angemessenen Anteil zu sichern, so haben sie doch einen höchst dankenswerten Beitrag zur Charakteristik des herrschenden Systems geleistet. Die in der Petition erhobene Klage über die Eisenbahnen: „Durch die immer ausgebreiteter werdenden Verkehrseinrichtungen, namentlich Gotthard- und Brennerbahn, sind wir, die an die Schule und unsere kostspieligen Geschäftseinrichtungen gebunden sind, Länder nahe gerückt, welche vermöge ihrer günstigen Lage und bedingt durch die dortigen milderen klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Freien mit weniger Kosten das produzieren, was wir bei uns mit vieler Mühe, Fleiß, Kunst und großen Opfern an Geld der Natur abringen“ — diese Klage ist in ihrer naiven Konsequenz eine so heitrende Satire auf die neue Wirtschaftspolitik, wie sie kaum der erbitterteste Gegner derselben bisher verfaßt hat.

— Zur Beseitigung der Zollkurirosa ist Seitens des Reichstanzlers dem Bundesrat eine Vorlage zugegangen, welche unter Abänderung der Zollinstruktion, die wiederholt laut gewordenen Klagen über die Taxiführung der Waarenumhüllungen dauernd zu beseitigen bestimmt ist.

— Generalleutnant v. Verdi du Vernois ist zum Kommandeur der 1. Division des 1. Armeekorps in Königsberg i. Pr. ernannt worden.

— In diesem Jahre werden Generalstabs-Übungszüge bei dem Garde-Korps, dem I., II., V., VI., VII., VIII., IX., X. und XIV. Armeekorps stattfinden.

— Seit Kurzem werden die Briefsendungen aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Wege über Bremen nicht nur mit dem am Sonntag, sondern auch mit dem Mittwoch regelmäßig abgehenden Schiffe des Norddeutschen Lloyd befördert, so weit nicht die Einhaltung eines anderen Beförderungsweges vom Absender durch Bemerk auf der Briefaufschrift ausdrücklich verlangt wird. Für die veränderte Briefleitung ist lediglich die Rücksicht der Postverwaltung auf die zur Zeit meist beschleunigte Beförderung maßgebend gewesen. Der in einzelnen Zeitungen enthaltenen abweichenden Beurteilung der Maßnahme liegt eine nicht zutreffende Auffassung der Verhältnisse zum Grunde. Das seit dem Jahre 1867 bestehende Vertragsverhältnis der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft zur Reichspost ist durch die getroffenen Anordnungen nicht aufgehoben worden, vielmehr gelangen mit den Hamburger Postdampfern nach wie vor alle diejenigen Briefsendungen nach den

Hanka.

Eine Erzählung aus den Bergen von Max Ring.
(Nachdruck verboten.)
(23. Fortsetzung.)

Selbst die dem Brief beiliegenden Zeilen der Baronin, das Zeugniß der Sterbenden vermochte nicht die tief verlegte Mutter mit dem verhängnisvollen Schritt ihres Sohnes zu versöhnen, wenn sie auch nicht an der Wahrheit dieser im Angesicht des Todes geschriebenen Worte zweifelte. Ihr Vorurtheil war zu mächtig, ihr Stolz zu groß, um dem Professor zu vergeben oder gar Hanka zu verzeihen, möchte sie auch noch so rein und unschuldig sein.

In diesen Gesinnungen noch von ihrer Tochter bestärkt, schrieb die Frau Senator dem Professor einen neuen Brief, worin sie ihre ganze mütterliche Veredtsamkeit aufbot und weder Bitten noch Drohungen sparte, um ihn von seinem unglückseligen Entschluß abzubringen, indem sie ihm die unausbleiblichen Folgen eines so verhängnisvollen Schrittes in den düstersten Farben vorstelle und ihn an seine Pflicht gegen sie und seine Familie mahnte.

Dagegen erklärte er mit aller schuldigen Ehrfurcht für seine Mutter, daß er fest entschlossen sei, sich mit Hanka zu verbinden und eher das Neuerste zu dulden, als die Geliebte, sein höchstes Lebensglück, einem thörichten Vorurtheil zu opfern, daß er nicht sein gegebenes Wort brechen dürfe, ohne eine unehrenhafte und niedrige Handlung zu begehen, die eine selbst so ehrenhafte Frau wie sie nicht fordern könnte, daß Hanka trotz ihrer Armut würdig sei, seine Gattin und ihre Schwiegertochter zu werden, wofür ihr das Zeugniß der unterdeß verstorbenen Baronin bürgte, daß er nur mit der Geliebten oder gar nicht zurückkehren wollte und im letzteren Falle eine ihm bereits früher angebotene Professor an einer auswärtigen Universität annehmen würde.

Darauf aber wollte und konnte es die bekümmerte Mutter nicht ankommen lassen, einen so schweren Kampf es auch sie kostete, ihre Einwilligung zu der ihr verhafteten Verbindung zu geben. Noch größer als ihr Stolz, noch stärker als ihr Vorurtheil war ihre mütterliche Liebe. Die Furcht, ihren Sohn zu verlieren, wog alle ihre Bedenken auf, so daß sie sich, wenn auch mit Widerstreben, der schmerzlichen Notwendigkeit beugte.

Paar begrüßten, kein heiterer Blick, kein freudiges Lächeln, kein herzlicher Glückwunsch, kein freudiges Willkommen.

Stumm und starr, mit finsternen Blicken und zusammengepreßten Lippen, gleich einer beleidigten Fürstin, die einen widersprüchlichen Vasallen empfängt, erwartete die Frau Senator den Professor mit seiner Frau in dem dunklen, kalten Saal, in dem eine unheimliche Stille herrschte.

Bei dem Eintritt des noch immer geliebten Sohnes flog zwar ein flüchtiger Freudensimmer über das bleiche, strenge Gesicht, regte sich in dem noch nicht ganz verknöcherten Mutterherzen eine Umdrehung der alten leidenschaftlichen Liebe, aber ein Blick auf die fremde Frau an seiner Seite genügte, um die aufzubernden Freudefunken zu verlöschen und jede liebevolle Regung wieder zu ersticken.

„Meine Frau, liebe Mutter!“ sagte der Professor bewegt, auf Hanka deutend. „Ich bitte Dich, nimm sie freundlich als Deine Tochter auf.“

„Ich werde mich bemühen,“ fügte Hanka schüchtern hinzu, „diesen Namen zu verdienen und Ihre Liebe zu erwerben.“

„Du bist die Frau meines Sohnes,“ entgegnete die Frau Senator. „Darum heiße ich Dich willkommen. Möge der Himmel Deinen Eintritt in unser Haus segnen und Alles zum Guten wenden.“

Das klang so streng und hart, so abweisend und eisig, daß Hanka sich eines leichten Schauers nicht erwehren und kaum ihre Thränen unterdrücken konnte. Wie kalter Winterfrost fielen die Worte der stolzen Dame auf ihr warmes Herz, auf die ehrfurchtsvolle Liebe, die sie der Mutter des geliebten Mannes entgegenbrachte. So traurig und lieblos hatte sie sich nicht den Empfang vorgestellt, obgleich sie der Professor auf die sie in seiner Familie erwartende Aufnahme einigermaßen vorbereitet und die ihr drohenden Schwierigkeiten nicht ganz verschwiegen hatte.

„Du mußt Geduld mit meiner Mutter haben,“ sagte er Hanka auf dem Wege, „und ihre Launen tragen. Sie ist eine durch und durch ehrenwerte und streng gerechte Frau, aber stolz, voller Vorurtheile und mährisch, gegen alles Fremde und Ungewöhnliche eingenommen. Es wird Dir nicht leicht fallen, ihre Liebe zu erwerben, aber ich zweifle nicht daran, daß es Dir mit der Zeit gelingen wird, ihr Herz zu gewinnen, da sie trotz aller

Vereinigten Staaten von Amerika zur Besörberung, welche nach dem Verlangen der Absender über Hamburg zu leiten sind bezw. diesen Dampfern mit Vortheil in Havre zugeführt werden können.

Der bleibende Ausschuss des deutschen Handelsstages wird am 1. Mai d. J., Vorm. 10 Uhr, in Berlin in seinem Sitzungsraale, Neue Friedrichstraße 52/54, II., zu einer Sitzung zusammengetreten. Auf die Tagesordnung ist, vorbehaltlich weiterer Anträge, gesetzt worden: 1) Ausführung des Beschlusses der Plenarversammlung, betreffend das Reichsstempelgesetz vom 1. Juli 1881. 2) Behandlung der Waarenprobensendungen im Postverkehr. (Antrag Leipzig.) 3) Ermittelung des Verbältisches von Handel und Industrie bei der Vertretung in den Handelskammern. 4) Bericht über das „Deutsche Handelsblatt“. 5) Antrag der Serbel'schen Verlagsbuchhandlung in Leipzig, betreffend die Unterstützung des von derselben herausgegebenen Handels-Adressbuchs für das deutsche Reich. 6) Berathung über die der nächsten Plenarversammlung zu machenden Vorlagen.

Die mada gassische Gesandtschaft, welche im vorigen Herbst in Paris eingetroffen war und sich, nachdem dort die Verhandlungen zur Lösung des zwischen Madagaskar und Frankreich bestehenden Konflikts gescheitert waren, nach London und sodann nach Washington begeben hatte, ist nach England zurückgekehrt und wird, wie aus London gemeldet wird, in diesen Tagen in Berlin eintreffen. Man darf annehmen, daß die Gesandten beauftragt sind, auch mit Deutschland einen Vertrag abzuschließen ähnlich demjenigen, welchen sie mit England und den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben; schon bei ihrer ersten Anwesenheit in England verlautete, daß sie zu diesem Zwecke bereits mit dem deutschen Botschafter in London, dem Grafen Münster, Unterhandlungen angeknüpft hätten.

Dösterreich-Ungarn.

Wien, 17. April. Ueber den telegraphisch signalisierten Studententumult, bei welchem Herr v. Schönerer mit der Polizeivertretung in Konflikt geriet, berichtet die Wiener „Presse“ in Folgendem. Herr Engelbert Pernerstorfer, welcher mit zu den Kämpfern der Schönerer Gruppe gehört, hatte an viele Studenten die Einladung zu einer Festkleine ergeben lassen, in welcher die beiden Studenten Dafert und Baier, die bekanntlich von der Wiener Universität relegirt wurden, weil sie beim Wagner-Kommersie unpatriotische Reden gehalten hatten, auf solenne Weise gefeiert werden sollten. Die Einladungen zu dieser Festkleine lauteten auf Namen und wurden sämmtlichen Wiener Juridenschaften zugedacht. Diese erschienen auch heute Abends mit vielen anderen Studenten und Herrn R. v. Schönerer an der Spitze, ungefähr 400 an der Zahl, im Saale des Hotel Billinger. Um 9 Uhr, als der Kommissar beginnen sollte, fand sich Polizeikommissär Pittner in Uniform ein, ließ den Veranstalter, Herrn Pernerstorfer, in die Vorhalle bitten und erklärte ihm dort, daß er nicht in der Lage sei, die Eröffnung der Kleine zu gestatten, wenn etwa Reden gehalten werden sollten, daß er aber nichts dagegen einzumachen habe, wenn die Versammlung beabsichtiger Unterhaltung stattfindet. Gegenüber dieser Mitteilung des Polizeikommissärs erklärte Herr Pernerstorfer, daß er jetzt nicht mehr in der Lage sei, das Programm des Festes zu ändern, daß allerdings Reden voraussetzt seien, daß dieselben aber unter jeder Bedingung gehalten werden sollen, und daß er keine Verantwortung für die Befolgung der politischen Maßregel übernehmen könne. Als der Kommissar drohte, die Versammlung sofort aufzulösen, wenn nicht alle Reden vom Programm abgesetzt würden, erwiederte Herr Pernerstorfer, daß man eine Auflösung nicht respektieren werde, da ja die Kleine auf Grund streng privater Einladungen erfolgt sei und jedes öffentlichen Charakters enthebe. Kommissär Pittner begab sich nun auf das Kommissariat, rückte 50 Mann Sicherheitswache und betrat nochmals die Vorhalle des Versammlungsortes. Herr Pernerstorfer überreichte ihm einen schriftlichen Protest, welchen er dort abgefaßt hatte und in welchem Verwahrung eingelegt wird gegenüber dem Einschreiten des Polizeikommissärs in einer privaten Festkleine. Der Kommissar nahm den Protest entgegen, verfügte sich hierauf in den Saal selbst und wollte die Räumung veranlassen. Es entwickelte sich nun folgende Szene zwischen ihm und dem Herrn R. v. Schönerer: Kommissär: Ich fordere die Herren auf, den Saal ruhig zu verlassen. — R. v. Schönerer: Wer ist denn dieser Herr? Hat der auch eine Einladung erhalten? (Lauter Rufe: Nein, das ist der Polizeikommissär!) — Kommissär: Ich wiederhole meine Aufruforderung! — R. v. Schönerer (unterbrechend): Da Sie sich nicht im Besitz einer Einladung befinden, so

müsste ich Sie bitten, sofort den Saal zu verlassen, sonst würde ich Sie hinausführen lassen. Der Kommissär vermeidet es, sich in weitere Diskussionen mit Herrn v. Schönerer einzulassen, schickte die Wache zur Räumung in den Saal und im Laufe einer Viertelstunde hatten die Studenten und Herr v. Schönerer denselben geräumt. Die Studenten und mit ihnen Herr v. Schönerer begaben sich, nachdem die Versammlung im „Hotel Billinger“ unter Protest und tumult aufgelöst worden war, in das in der Nähe befindliche Gasthaus „zum goldenen Sieb“ in der Paniglgasse, wo sie bis Mitternacht verblieben. Die ganze Gesellschaft zog dann vor der Wieden in die Josefstadt und begab sich in corpore in das Gasthaus „zum Hirschen“ in der Kochgasse. Dort unterhielten sich die Studenten in lärmender Weise. Eine Stunde nach dem Eintreffen der Studenten in dem genannten Gastraupe erschien Polizeikommissär Wind im Lokale und machte den Wirth aufmerksam, daß die Sperrkunde bereits vorüber sei und daß er das Verbleiben von Gästen nicht länger dulden dürfe. Herr v. Schönerer erklärte, daß er nur der Gewalt weichen würde und verblieb in der That so lange auf seinem Platze, bis die Polizisten Miene machten, von ihrer handgreiflichen Amtsgewalt Gebrauch zu machen. Draußen zog der Troß unter Führung des wackeren Antisemiten noch weiter von Wirthshaus zu Wirthshaus.

Frankreich.

Paris, 17. April. Der Vertrag zwischen dem Crédit foncier und der Stadt Paris, zu dessen Prüfung der Gemeinderath gestern einen Ausschuß zu ernennen beschloß, lautet wörterlich:

„Zwischen der Stadt Paris, welche durch den Seinepräfekten vertreten ist, einerseits und dem Crédit foncier de France, welcher durch Herrn Albert Christophe, seinen Gouverneur, vertreten ist, andererseits, ist Folgendes vereinbart worden:

Art. 1. Die Stadt Paris verpflichtet sich, dem Crédit foncier die Rückzahlung einer Jahresrate zu sichern, die einem geliehenen Kapital von 50 Millionen Franks entspricht. Dieses Kapital wird ohne Unterschied für die Darlehen, die in dem Vertrage vom . . . zwischen dem Staat und dem Crédit foncier bezeichnet sind, und für die in dem nachstehenden Artikel angedeuteten Darlehen verwendet werden.

Art. 2. Der Crédit foncier verpflichtet sich, unter Garantie der Stadt Paris auf erste Hypothek jeder Person zu leihen, welche Häuser baut, in denen mindestens die Hälfte des bewohnbaren Raumes in Wohnungen von 150 zu 300 Franks eingeteilt sind. Die Fossäule dürfen 68 p.C. des Wertes des Grundstücks erreichen. Sie sollen aber spätestens in fünfzig Jahren zurückbezahlt werden.

Art. 3. Der Crédit foncier darf die ihm durch Art. 1 gewährte Garantie nicht ausüben, bevor er die hypothekierten Grundstücke unter Sequester gestellt hat. Wenn im Falle der Sequestrierung die Einkommen des Pfandes unzureichend sind, um die dem Crédit foncier schuldige Jahresrate zu decken, so hat dieser das Recht, unverweilt die Differenz von der Stadt Paris zu verlangen. Vermöge dieser Zahlung tritt die Stadt Paris in alle Rechte des Crédit foncier.

Art. 4. Die durch den Crédit foncier bewilligten Darlehen sollen den Gemeindeanleihen gleichgestellt werden und ihre Zinsen sollen nur 15 Cents p.C. weniger betragen, als diejenigen der Gemeindeanleihen.

Art. 5. Die unter den angedeuteten Bedingungen zwischen dem Staat und dem Crédit foncier gebauten Häuser sind der Straßen-, Erbschaftsabgaben und der Zölle auf das Rohmaterial entbunden. Diejenigen, welche unter den im Art. 2 angedeuteten Bedingungen gebaut werden, sind der nämlichen Abgaben entbunden; aber der Betrag dieser Steuerlastungen soll der Stadt Paris mittelst unverzüglicher Jahresraten zurückbezahlt werden. Die Zahl dieser Raten darf nicht unter zwanzig und nicht über vierzig gehen. Außerdem sind die Terrains, auf denen die Häuser gebaut sind und die Häuser selbst der Abgaben der ersten Bevölkerung, der Grundsteuer und Thür- und Fenstersteuer während zwanzig Jahren entbunden. Während desselben Zeitraumes bezahlt die Häuser weder die Taxe für die Straßenreinigung noch für die Kanalräumung noch andere Gemeinde-Abgaben. Die Rückzahlung des Vertrages dieser verschiedenen Entlastungen, so wie der von dem Crédit foncier geliehenen Summe kann unverzüglich gefordert werden, falls die Eigentümner die Mietpreise erhöhen oder die anderen Grundbedingungen des Vertrages missachten.

Art. 6. Die Meldungen der Personen, welche aus den Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens Nutzen zu ziehen beabsichtigen, sind an den Seine-Präfekten zu richten, der über die Lage der Baupläne und den Plan der Bauten eine Untersuchung einleitet. Dann

ihrer kleinen Schwächen und Fehler eine edle Natur, ein gediegener Frauencharakter ist, offen und wahr gegen sich und Andere, fest und zuverlässig wie Du selbst. Ihr werdet Euch beide nach und nach kennen und lieben lernen.

Daran dachte jetzt Hanka und bezwang den aufsteigenden Troß und beugte sich vor der Mutter ihres Mannes sanft und demütig wie eine Magd, fest entschlossen, seinetwillen Alles zu ertragen und sich die Liebe seiner Angehörigen zu erwerben.

Auch die Frau Senator suchte ihren Widerwillen zu überwinden und zwang sich zu einer nicht ganz von Herzen kommenden Freundlichkeit, indem sie den Professor umarmte und Hanka ihre Hand reichte, die diese ehrfürchtig voll küsste. Erst jetzt näherte sich auch die Frau Syndikus mit ihrem Gatten dem jungen Ehepaare und wünschten beiden mit süß-säuerlichem Gesicht Glück zu ihrer Vermählung.

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

Posen, 20. April.

„Drei Staatsverbrecher“ von J. B. v. Schweizer.

Die Theateraison ist vorüber. Selbst das Gefüll der Anerkennung und der Dankbarkeit gegen ein in der Gunst des Publikums bestaccreditirtes Mitglied unseres derzeitigen Bühnen-Ensembles vermag dies Publikum nicht mehr in die nötige Theaterstimmung zu versetzen. Hieron lieferte die gestrige zum Benefiz für Herrn Zink angelegte Vorstellung einen recht unzweideutigen Beweis. Das Haus war nur mäßig besucht, trotzdem vom Benefizianten das interessante Schweizer'sche Intriguenstück in neuer Einstudirung gewählt worden war. Zwar erreicht das Stück, das sich in der Form die ältere sein pointierte französische Komödie zum Vorbilde genommen zu haben scheint, ihr Muster keineswegs durchweg, doch bietet es mit seiner humorvollen Ironie und geistvollen Satire, seiner vortrefflichen Charakterzeichnung, Bizarerie der Situationen und seinem meist flotten, gehaltvollen Dialoge des Interesses so viel, daß es sehr wohl der Mühe verlohnt, von Zeit zur Zeit die Befanntschaft mit ihm zu erneuern. — Die gestrige Darstellung war nicht frei von Mängeln. Man merkte hier und dort Eile und Lückenhaftigkeit der Einstudirung, die stellenweise nur mit knapper Noth selbst dem wenig aufmerksamen Auge verdeckt werden konnte. Zwei

Die große allgemeine Gartenbau-Ausstellung zu Berlin, vom 15.—23. April 1883.

Das große Ereignis dieser Woche bildet für Berlin die in Gegenwart des Kronprinzenpaars am letzten Sonntag eröffnete „große allgemeine Gartenbau-Ausstellung“, welche ihr glänzendes Heim während ihrer achtjährigen Dauer im fablionablesten Theile der Reichsbahn, in den ausgedehnten Räumen der „Wilharnone“, in der Bernburgerstrasse, gefunden hat. Weit über den Rahmen einer jener alljährlich arrancierten lokalen Gartenbau-Ausstellungen hinaus, die uns als die liebsten Träumeboten erschienen, tritt uns diese, durch vereinte Thätigkeit von drei gärtnerischen Vereinen ins Leben gerufene erste deutsc

Sonnabend, 21. April.
der Dossier dem Crédit foncier zugestellt, der das Geschäft auf den Werth des Pfandes zu prüfen hat. Nach dieser Untersuchung wird der Gemeinderath über die Garantie der Stadt bei dem Unternehmen verfügen.

Art. 7. Der gegenwärtige Vertrag wird beim Enregistrement die Einschreibungsgebühr von 5 Frs. zu entrichten haben. Die Altenstücke für die Realisierung der Darlehen oder ihre Erhebung bezahlen dieselbe Gebühr.

Ebenfalls in seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Pariser Gemeinderath mit der Frage des Gaspreises. Er verlangt, daß die Gasgesellschaft nicht nur die vertragsmäßige Heraufsetzung des Preises für die Straßenbeleuchtung von 15 auf 12½ Cent. per Kubikmeter, sondern auch die Heraufsetzung von 30 auf 25 Cent. für den Gebrauch der Privatleute auf den 8. Mai, an welchem Tage die bisherigen Verträge ablaufen, gewahre. Die Gasgesellschaft, welche seit Jahren glänzende Geschäfte macht, weigert sich die letzte Bedingung anzunehmen. Es ist davon die Rede, daß, wenn die Gasgesellschaft in ihrer Weigerung verharrt, viele Handelsleute und Häuserbesitzer entschlossen wären, vom 8. Mai ab sich keines Leuchtgases mehr zu bedienen, und so die Gesellschaft zum Nachgeben zu zwingen.

Rußland und Polen.

D. Petersburg, 18. April. (Orig.-Korr. d. „Pos. B.“) Die Tripelalliance beschäftigt unsre Presse in hohem Grade. Die „Nowost“ sind in der Beurtheilung des Bündnisses sehr pessimistisch; weniger pessimistisch faßt die „Nowoje Wremja“ die Angelegenheit auf. Dieselbe bedauert nur Dösterreich, daß es so blindlings auf die Leimruth gegangen sei. Schon in Tisza's Rede wäre von grohem Entzücken über den geschlossenen Bund nichts zu bemerken. Die Wiener Diplomatie sei in diesem Falle, sagt die Zeitung, selbständig vorgegangen und habe nur scheinbar die ungarischen Wünsche berücksichtigt. Die Magyaren seien wenigstens zur Zeit gegen jede Gebietserweiterung seitens Dösterreiche auf der Balkanhalbinsel. Sie wünschen, daß daselbe seine Kräfte zu dem großen Kriege mit Rußland aufspare und sich erst dann, wenn Ungarn von dem besiegten Rußland durch ein selbständiges Polen getrennt sein werde, nach Osten hin ausbreite, in der stille schweigenden Voraussetzung, daß die okupirten Länder nicht Dösterreich, sondern Ungarn unterthan würden. Ungarn freue sich zwar, daß Rußland durch das Bündnis die Hände gebunden seien, würde aber sehr unzufrieden sein, wenn Dösterreich schon jetzt seinen Okupationsgelüsten freien Lauf ließe und so das slawophile Element in Dösterreich verstärken würde. Der Antagonismus zwischen den Slawophilen und Deutschnationalen in Wien wachse trotz aller Bemühungen des Ministeriums Tacke zunehmend, in Folge dessen Dösterreich immer mehr und mehr seine Selbständigkeit in europäischen Fragen verliere und schließlich jeder Weltung aus Berlin werde nachkommen müssen, wenn es dessen nicht gewagt sein wolle, daß die alten Verbündeten von 1866 wieder ein besonderes Abkommen treffen und Dösterreich zwingen, das Zentrum seiner Schwerkraft weiter nach Osten zu verlegen und seine deutschen Provinzen Deutschland und was Italien ist, Italien zu überlassen.

In Saratow ist man wieder Anhängern der Skopenseite (Selbstverstümmler) auf die Spur gekommen und ist eine aus Mann, Frau und einem 23jährigen Sohn bestehende Familie verhaftet worden, an welcher nach Aussage der Aerzte die bestialische Verstümmelung erst vor einem halben Jahre vollzogen worden ist. Da die Verhafteten hartnäckig jede Aussage verweigern, so fällt es sehr schwer, der Haupschuldigen, welche die Familie zum Übertritt bewogen, habhaft zu werden. In Saratow soll sich überhaupt eine unsohlliche Anzahl dieser verrückten Sekten befinden und sogar ein eigenes geheimes Verhaupts bestehen. Mit großer Schärfe versteht sie

Gartenbau-Ausstellung mit einer so imposanten Fülle ausgewählter Einzelleistungen entgegen, wie keine der früheren.

Zauberisch ist der Anblick, den der große Saal des Etablissements dem Auge bietet. Den schönen Anblick gewährt die Aussicht von einer der an drei seiner Seiten sich hinziehenden Galerien der oberen Etage. Gigantisch erhebt sich die Dekoration der Längswand des Saales, aus der uns vom Sonnenlicht beleuchtet, die Büsten unserer Kaiserpaare entgegenstrahlen. Hier ist die von Herrn Prinz Reichenheim-Berlin (Obergärtner Haas) ausgestellte Kaisergruppe, welche den Ehrenpreis Sr. Maj. des Kaisers, die große goldene Staatsmedaille für Leistungen im Gartenbau errungen hat, als vorzüglichste Gesamtleistung der Ausstellung vorgestellt. Immiten der Gruppe steht die von R. Weidner-Berlin ausgestellte Nymphe, rings umgeben von blühenden Pflanzen und Blattplastiken des Gewächshauses. Darunter befindet sich als hervorragende Seltenheit ein Himalaya-Niododendron mit prächtigen Blüthen. Die drei übrigen Seiten des Saales sind entsprechend der Hauptdecoration, bis zur Höhe der Galerien terrassenartig dekoriert. Links dominirt die aus großen Kultursazaleen gebildete Gruppe des Herrn Prinz Reichenheim-Berlin, rechts die prächtige Blattplastikgruppe des Herrn R. Brandt-Charlottenburg, sowie die Azaleen des Herrn Delfschau-Berlin und die schönen Rosen von Fr. Harms-Hamburg. Der Haupteingang zu den inneren Räumen wird schön flankiert durch zwei Gruppen von Blattplastiken des Warmhauses, ausgestellt von Geb. Nath. A. Beckmann und Herrn F. Heckmann-Berlin (Obergärtner Mäcker-Berlin). Seitwärts von diesen Gruppen erregen die Azaleen von Ebers-Berlin und die Rhododenren von T. J. Seidel-Straßen bei Dresden unsere Bewunderung. Sie werden begrenzt durch zwei ausgezeichnete Edelgruppen von Blattplastiken, ausgestellt von der gräflich Hardenberg'schen Gartenvorwaltung in Hardenberg bei Nörten in Hannover (Gartendirektor Nunkler). Diese Firma gehört zu den bedeutendsten Ausstellern. Sie hat sich, trotz der weiten Entfernung von der Hauptstadt, mit drei Waggons voll Pflanzen beteiligt und große Erfolg gebracht. Eine ihrer schönen Gruppen begrenzt auch links die Kaisergruppe von Blattplastiken des Warmhauses durch Herrn A. Richnow-Schöneberg bei Berlin (Obergärtner Jancke) das Gesamtarrangement abschließt. Von diesen, die Längsseiten ornamentirenden Terrassen ist das Mittelparterre des Saales überall durch einen breiten, bequemen Asphaltweg, auf dem sich das Publikum zwangslässig bewegt, getrennt. Dieser Mittelpunkt gleicht einem Riesenteppich mit schwelenden Polstern, der durch eine Zahl prächtiger hoher Baumfarne, ausgestellt von der Borsigischen Garterverwaltung-Berlin (Königl. Gartenbau-Direktor Gürdt) gewissermaßen in Falten emporgehoben wird. Das Mittelpaar bildet hier die mit dem Ehrenpreis der Stadt Berlin belohnte reichhaltige und schönste Gruppe blühender Azaleen, ausgestellt von Gustav A. Schulz-Berlin. Eine sehr bedeutende Leistung ist die schöne große Koton-Sammlung des Kommerzienrath Spindler auf Spindlersfeld bei Köpenick, mit welcher sie der Aussteller aufs vortheilhafteste eingeführt und eine goldene Medaille errungen hat. Das Hauptgewicht ist bei Ausstellung

allen Nachstellungen zu entgehen und, da sie über große Geldmittel verfügen, immer mehr Profelyten zu machen.

SS Petersburg, 18. April. (Orig. Korr. d. "Pos. 3.") Endlich sprechen die hervorragenden Organe der russischen Riesenzwischenzzeitung — und man darf wohl auch sagen, die des Volkes — über die Triple Alliance offen aus. Am gewichtigsten scheint uns, was die "Novosti" schreiben. Nach einigen einleitenden Worten heißt es in dem bemerkenswerthen Artikel:

"Dass ein solcher internationaler Alt, wie das förmliche Bündnis dreier europäischer Großmächte, von denen zwei an der ganzen Binnengrenze unsrer Nachbarn sind, die Frage unsrer Sicherheit auf Empfindlichste berührt, ist an sich klar; das nicht seien, hieße die Augen absichtlich verschließen gegenüber einer offenkundigen Thatache. Ohne Zweifel erfordert daher das Staatswohl die Erziehung von neuen Mitteln zu unsrer Sicherstellung. Wir haben aber noch keine Ursache zu behaupten, dass Deutschland, Österreich und Italien beim Abschluss des Bündnisses, einen nahe bevorstehenden und unabwendbaren Krieg auch nur einer oder zweier dieser Mächte mit Russland im Auge gehabt hätten. Wir sehen keinen Grund für ein bevorstehendes unabwendbares Zusammentreffen, obwohl wir uns nicht verbieten dürfen, dass sich wohl Ursachen finden ließen, ja dass solche Ursachen existiren. Die Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel, die inneren Kämpfe in Bulgarien und Serbien, die Unruhen an der montenegrinisch-albanischen Grenze im Verein mit den beständigen Gähnungen in den neuösterreichischen "Besitzungen" in Bosnien und der Herzegowina — Alles das kann wohl die Ursache eines Ausbruches werden, der mit einem Schlag die Unvereinbarkeit der staatlichen Interessen Österreichs und Russlands (in vieler Beziehung) bloßlegt. Das unter solchen Umständen ein bewaffneter Zusammenschluss nicht fern liegt, zeigen deutlich die Vorbereitungen, welche für den Kriegsfall in den preußischen und österreichischen Grenzprovinzen getroffen werden. Wäre die Gefahr eines Zusammenschlusses nicht vorhanden, so würde man nicht so eifrig an den Befestigungspunkten die Heereszahl vergrößern, so würde man nicht neue strategische Bahnen bauen, so würden wir ferner nicht diese Sorge um die Zukunft in den slawischen Gebieten Österreichs wahrnehmen. — In jedem Falle muss zugestanden werden, dass trotz aller Friedensversicherungen der Minister — wie sie übrigens für gewöhnlich in solchen Fällen freigebig ertheilt werden — die neue Triplealliance die Hoffnungen auf dauernden Frieden nicht um ein Haar kräftigt, dass sie vielmehr Ursache zu Besorgnissen giebt. Wenn drei Mächte die Notwendigkeit fühlen, sich durch gegenseitige Verpflichtungen zu binden, so muss irgend eine Ursache vorhanden sein, die sie zu gemeinsamem Vorgehen veranlaßt; d. h. es müssen Interessen vorhanden sein, welche sie gegen andere Interessen vereinigen, die ein Bekämpfung vereinigter Anstrengungen bedarf. Diese Mächte treten als die Verkünder des Friedens auf; ist denn der Frieden Russland, England und Frankreich weniger lieb? Hat eines dieser Reiche irgend einen Verlust gemacht, den Frieden oder die Ruhe des Nachbarn zu stören? Wenn Mächte eine Koalition eingehen unter dem Vorwände, den Frieden zu erhalten, den Niemand gestört hat, so rufen sie dadurch nur Besorgnisse hervor, wenn sie nicht gar die Gefahr eines Zusammenschlusses herausbeschwören. Wenn im gegebenen Falle die Drohung nicht gegen Frankreich gerichtet ist, welches doch keinen Zusammenschluss mit Österreich haben kann und dessen Beziehungen zu Italien täglich besser werden (diese Worte beziehen sich auf die hier nicht wiedergegebene Einleitung. D. Red.), wenn die italo-deutsch-österreichische Allianz nicht gegen England gerichtet sein kann, dass den europäischen Frieden doch wohl nicht im entferntesten zu bedrohen scheint, welche gemeinsame Ziele habe dann das Bündnis der drei Mächte veranlaßt, die sich gleichsam als die privilegierten Vertheidiger des europäischen Friedens darstellen?"

Darüber — so schließt der Artikel — sollte man wohl nachdenken, und besonders hätte Russland Veranlassung, sich mit dieser Frage ernstlich zu beschäftigen...

Petersburg, 17. April. In dem großen Rihilisten-Prozeß fand heute früh um 4 Uhr die Urteilsverkündigung statt, nachdem das Gericht gestern den ganzen Tag, sowie die letzte Nacht beurtheilt hat. Zum Tode durch den Strang verurtheilt sind: Bogdanowitsch (Kobosse), Gratschewski, Slatopolski, Telalow, Buzewitsch und Klemento. Zu einer lebenslangen Zwangsarbeit in den Bergwerken von Sibirien: Stefanowitsch und die Swansonowitsch. Der Rest der Angeklagten ist zu 15 bis 20 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt. Mildernde Umstände wurden bewilligt: dem

des Programms auf die Kultur der Rose gelegt. Den Ehrenpreis des Kronprinzenpaars ist dem Herrn Harms-Hamburg vertheilt worden. Außerdem errang ein großes Sortiment niedrig veredelter Rosen des Herrn B. Haubold-Striesen bei Dresden eine große goldene Vereinsmedaille; sehr hervorragend ist auch die aus 50 hochstämmigen Maréchal Ney-Rosen bestehende Ausstellung des Baumwulbstellers Max Bünzel-Niederschönweide bei Berlin, sowie die niedrigen und hochstämmigen Rosen von Richnow-Schöneberg (Obergärtner Janicki). Exquisit schön sind auf diesem Mittelpunkt noch die weissen Azaleen von F. Bluth-Berlin und die Sämlinge von Imantophyllum miniatum des Herrn E. Neubert-Hamburg. Die Käfiggruppe verdeckt das große Orchester, so daß man bei den täglichen Konzerten der Ausstellung die Musiker nicht sieht. Der Ordner des Saales ist der königliche Garten-Inspektor Herr Perring vom Berliner botanischen Garten.

Die Gesamttausstellung verfällt in drei Hauptabteilungen, deren schönste der soeben besprochene große Saal enthält. Draußen vor dem Hauptgebäude, auf dem asphaltirten Terrain des — ehemaligen — Sommer-Slattingrins und seiner Hallen haben die ausgedehnten Koniferen-Kollektionen, zahlreiche blühende Pflanzen, sowie zwei mit den seltsamsten Gewächsen gefüllte Häuser und die Gegenstände zur Gartendekoration; in einem anstoßenden Garten die Baumschulartikel Ausstellung gefunden. Hier hat Herr Obergärtner Hoffmann-Berlin das Arrangement besorgt. Unter den Koniferen zeichnet sich die von dem Vorsitzenden des Ausschusses der Ausstellung, Baumschulbesitzer Delsonierath Späth-Berlin, vorgeführte Kollektion durch ausgezeichnete Kultur besonders aus. Diese Koniferen haben den Preis der Stadt Berlin gewonnen. Andere hervorragende Leistungen sind hier diejenigen von Weiß-Ramenz, Schiebler u. Sohn-Celle, den Baumschulen "Tempelhof" bei Berlin (Obergärtner J. Kähler), der reichsrätsch. v. Bücker'schen Parkverwaltung Brannitz bei Rottbus (Park-Inspektor Bleyer), E. Moissi-Treptow bei Berlin, sowie die Araukarien-Gruppe von Dr. Allardt-Schöneberg bei Berlin. Das dunkle Grün dieser Gruppen wird effektuell unterbrochen durch eine größere Anzahl jener reizenden Majolika-Gartendekorationsstücke, wie sie von der Berliner Firma Julius Lange schon seit Jahrzehnten für unsere Parks hergestellt werden, sowie durch die nicht minder schönen Terrakotta-Figuren von Ernst March Ecke-Chalettenburg. Beide Gewächshäuser bilden mit Recht die lebhaftesten Anziehungspunkte. Das kleinere Gewächshaus von Biesel-Berlin birgt u. A. eine hochprächtige Kollektion von Amaryllis, ausgestellt von Julius Hoffmann-Berlin, eine wissenschaftlich sehr wertvolle Sammlung von Alpinen aus dem Münchener botanischen Garten, als Neuheit wundervoll entwickelte Sämlinge von Cyclamen persicum ausgestellt von Schmerwitz-Potsdam, ein ausgezeichnet schönes Kameliens-Sortiment von Barthelmes-Striesen b. Dresden, sowie eine Gruppe reichblühender Neuholländer und Kap-Blumen des fürstlich Fürstenberg'schen Hofgartens in Donau-Eschingen (Obergärtner C. E. Kirchhof). Die Ausstellung verdankt dem berühmten festgenannten Garten eine Reihe ihrer hervorragendsten Zielen, nicht nur hier in dem Kaltbause, sondern auch in dem größeren Warmhause (ausgestellt von F. Mosenthin-Eutritzsch bei Leipzig). Hier entzückt namentlich die reichhaltige Sammlung blühender Orchideen, und anderer

Boreischa, der Juschkowa und der Pribilowa, demgemäß wurde vorgeschlagen, die letztere mit vier Jahren Zwangsarbeit, die beiden anderen mit zehn Jahren Ansiedlung in Sibirien zu bestrafen. Die endgültige Urteilsverkündigung wird am 22. April erwartet. Die Angeklagten hören, wie das "B. Tgl." meldet, das mit ruhiger Stimme von dem Präsidenten verlesenes Urtheil ohne sichtliche Erregung an. Nach der Verleistung umarmten und küssten sie sich untereinander, bis der Staatsanwalt dies verbot. Als die im Korridor wartenden Verwandten der Angeklagten das Urtheil hörten, begannen die meisten laut zu schluchzen, nur die Mutter des zum Tode verurtheilten Burewitsch blieb vollkommen ruhig und entfernte sich dann still. — Die Ansichten des Bürlitzs, ob die Todesurtheile bestätigt und vollzogen werden, sind sehr getheilt.

Petersburg, 18. April. Die "Now. Wr." hat nachstehendes Berichtsnachrichten der fürstlichen Vertreter fremder regierender Häuser und Höfe während der Krönung in Moskau zusammengestellt, ein Berichtsnachrichten, das natürlich noch verändert werden kann und zudem nicht vollständig ist. Großbritannien: Herzog von Edinburgh; Preußen: Prinz Albrecht; Österreich: Erzherzog Karl Ludwig; Sachsen: Prinz Georg Schönburg-Waldenburg; Bayern: Prinz Arnulf; Württemberg: Herzog Hermann von Sachsen-Weimar; Hessen-Darmstadt: Prinz Heinrich, Bruder des Großherzogs, und Prinz Alexander; Baden: Prinz Wilhelm; Hannover: Herzog Waldemar und Prinz Wilhelm von Holstein; Spanien: Herzog von Montpensier; Perse: Abd al-Aziz; Daul-Abdulamed, Bruder des Schahs; Griechenland, Bulgarien und Montenegro werden durch ihre regierenden Fürsten vertreten sein; Frankreich durch Herrn Waddington; der Vatican durch den Kardinal Barnabelli. Von den anderen Staaten ist noch kein Vertreter designirt. So ist z. B. noch nicht entschieden, ob die Regierung der Vereinigten Staaten eine besondere Ambassade entsenden, oder mit der Vertretung ihres ständigen Gesandten am Hofe zu Petersburg beauftragt wird. Die Savanesische Regierung wird sich wahrscheinlich durch einen ihrer Gesandten an den westeuropäischen Höfen in Moskau vertreten lassen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 19. April.

* In der Petitionscommission am 19. April kamen die Petitionen der Handelskammern zu Hildesheim und Göring zur Beratung, in welchen gegen die Anordnungen des Ministeriums Abhilfe erbeten wird wegen Enthebung der Handelskammern von amtlichen Funktionen in der Staatsverwaltung. So weit die Petitionen das Aufsichtsrecht der Staatsbehörden ganz in Frage stellen, ist in der Commission eine Begründung der Beschwerde nicht unbedingt anerkannt; vor Allem wurde die Beratung auf den Unterschied gerichtet, welchen das Handelskammergesetz zwischen den jährlich Ende des Jahres an Gewerbetreibende nach § 27 zu machenden Mittheilungen und dem nach § 32 bis Ende Juni an das Ministerium zu erstattenden Berichte macht. Es wurde betont, dass die Veröffentlichungen auf die § 27 gebotenen Mittheilungen sich bechränken, während der Bericht nach § 22 die Frage der Veröffentlichung bei Seite lässt, also nur auf einem Umweg möglich macht, wenn der Bericht in einer nach § 27 einzigerichteten Sitzung festgestellt wird, wobei aber in § 27 in der That einzelne Fälle von der Veröffentlichung durch die Behörde ausgeschlossen werden können. Hiergegen trat der Einwand auf, dass die Jahresmittheilungen an die Gewerbetreibenden nicht unter die auszuübenden Fälle gerechnet werden könnten. Vorzugsweise wurde hervorgehoben, dass die Veröffentlichung an sich nicht ausgeschlossen, sondern nur um eine geschäftsmäßig kurze Frist verschoben werden soll. Da die Handelskammer in der an die Gewerbetreibenden nach § 27 zu machenden Mittheilung dieselben Dinge vortragen kann, wie in dem Ministerialberichten nach § 32, und die erste Mittheilung nicht ausgeschlossen werden kann, so wurde von einer Seite das Vorgehen der Staatsregierung in der gewählten Form nicht für angemessen erachtet. Ein konservativer Antrag, die Petition für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären, wurde zurückgeworfen. Die Anträge auf Überweisung zur Berücksichtigung wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt; der Antrag auf Überweisung zur Erwägung mit 12 gegen 11 Stimmen.

* Zu der zweiten Beratung des Krankenklassengesetzes haben auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags — Abg. Blos und Gen. — eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, welche von dem Prinzip der Zwangsversicherung ausgehend, die Versicherung aller Angehörigen des deutschen Reichs, sowie aller dauernd in Deutschland sich aufhaltender Ausländer, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein selbstständiges Einkommen bis zu 7½ Mark pro Tag haben, gegen Krankheitsfälle herbeiführen wollen, sei es durch

blühender Warmhauspflanzen, sowie eine Kollektion Bromelien das Auge. In diesem Gewächshause treffen wir noch eine in vortrefflicher Kultur stehende Sammlung zartfarbiger Galadien des Kommerzienrats C. Spindler-Spindlersfeld bei Köpenick, unvergleichlich schöne Croton und Blattypflanzen der gräßlich Hardenberg'schen Gartenserwaltung, zwei Kollektionen Coleus von Benary-Erfurt, Elfenbeinpalm mit Früchten von Geh. Rath A. Heckmann (Obergärtner K. Mäder)-Berlin, Dracaenae von Herrn Sulze-Weihensel a. S. u. A. m. Die offene Seitenhalle des Sommerinns gleicht einem Blüthenmeer. Hier wettetieren um den Preis der Bewunderung die Geranium-Kollektion aus der Villenbesitzung des Prinzen Karl von Preußen (Obergärtner Schotte), die Einerien und Cyclamen von Lenz-Neudorf bei Potsdam, die Rosen von Kübne-Halberstadt, Rössel-Berlin, Gude-Berlin, die Hyacinthen von Meves-Berlin, die mächtig entwickelten Fuchsia Goliath von Gude-Berlin, die Cyclamen von Schmerwitz-Potsdam, die gemischte Gruppe von Neumann-Schöneberg, die Winterlebenvon Michelmann-Charlottenburg, die Primeln von Benary-Erfurt und Tubenthal-Königsberg i. R., die Nelken von Janicki-Berlin und die Aulisen von Wrede Lüneburg. In den anderen Hallen, welche den Sommerinns befinden, finden wie einer jener löstlichen Gruppen von getriebenen, nicht blühenden Gebüschen des freien Landes, welche die Späth'sche Baumfuß als Proben ihrer ausgesuchneten Leistungsfähigkeit auf den Ausstellungen vorzuführen pflegt. Es sind diesmal 120 Arten und Varietäten in etwa 250 Exemplaren vertreten. Sie gruppieren sich um eine prächtige Kollektion blühender Clematis. Daneben hat Geh. Rath A. Heckmann-Berlin eine große Gruppe Agaven und baumartiger Lilien, weiterhin A. Heckmann und Sohn-Berlin mehrere Gruppen ihrer schönen blühenden Gewächse vorgeführt. Eine Reihe Ausstellungen von Gartengerätschaften leitet uns weiter zu der vielbewunderten großartigen Leistung des Vereins der Gemüsegärtner Hamburg und Umgegend. Neben dem Sommerinns haben die Baumschulen des Delonomerath Späth-Berlin, Lorberg-Berlin und Max Bungel-Schöneberg bei Berlin einen Extrakt ihrer Artikel vorgeführt.

Die dritte Hauptabteilung der Ausstellung befindet sich in dem oberen Geschosse der Philharmonie. Es führen dort hinauf zwei Treppenverbindungen; an der einen kostet man die Produkte der Johannisebeerwein-Kelterei von R. Menges-Charlottenburg, während an der anderen die Firma Gustav Schmidt-Berlin durch geschickte Blumenbinderinnen, die niedlichsten Strauße und Knosiplochen arranieren lässt. Wir wählen den ersten genannten Aufstieg und betreten der ersten jener prächtigen Saalräume, welche das Geißeloh einnehmen. Man kann sich keine glänzenderen und sehnhaftesten Ausstattung denken, als diesen mit meisterhaften Gemälden geschmückten Saal, in dem die leider vergänglichen, aber auch schönsten Ausstellungsstücke, die zahlreichen Erzeugnisse der Blumenbinder Blas gefunden haben. Natur und Kunst vereinigen sich in diesen Blumenförchen, Kränzen, Spiegeln, Tätern, Füllhörnern, Blumengemälden, um einen brillanten Effekt zu erzielen. Obenan in der Leitung — wie zu erwarten war — steht der Meister der Blumenbinder, A. Thiel-Berlin, der den Preis der Stadt Berlin errungen hat; mit ihm wetteifert ebenbürtig die Firma Gebrüder Sendenholz-Hamburg, welche den gleichen Preis

Gemeindekrankenversicherung, durch berufsgenossenschaftliche Krankenversicherung oder durch Knapphaftrassen. Selbst das Eingehen auf den Gedanken, daß die Staatskasse eintreten müßt, sofern die von den Arbeitern zu erhebenden Beiträge (2 Proz. des ortsüblichen Tagelohns) nicht hinreichen, die Gemeindekrankenfassen zahlungsfähig zu erhalten, wird diesem Antrage die Unterstüzung der Regierung nicht verschaffen. Zudem würde die Zahlungsunsfähigkeit der Kassen eine dauernde sein, da der erkrankte Arbeiter außer dem Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Tagelohns freie Behandlung, Medizin u. s. w. erhalten soll.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 19. April. Das Gerücht von einem Unwohlsein des Präsidenten Grévy ist unbegründet, Präsident Grévy hat heute Vormittag dem Ministerrathe präsentiert und heute Nachmittag einen längeren Spaziergang im Bois de Boulogne gemacht.

London, 19. April. [S. ber. h. a. s.] Bei der heute beendeten Spezialberathung über die Novelle zum Medizinalgesetz wurde auf den Antrag der Regierung ein Amendement angenommen, wonach fremde und in den englischen Kolonien heimathberechtigte Aerzte auf die in dem neuen Gesetze gewährten Privilegien nur dann Anspruch haben, wenn ihr Heimathland englischen Aerzten entsprechende Privilegien gewährt.

Dublin, 19. April. Der Prozeß gegen Timothy Kelly, den dritten des Mordes im Phoenixpark Angeklagten, hat heute begonnen.

Riga, 19. April. Der Eisgang auf der Düna hat bei ziemlich hohem Wasserstande begonnen, so daß man nicht ohne einige Sorge wegen einer Überschwemmung ist.

Schlüsselburg, 19. April. Die Neva ist 28 Werst Stromabwärts fast vollständig frei vom Eis.

Telegraphischer Specialbericht der "Posener Zeitung".

Berlin, 20. April, Abends 7 Uhr.

Das Abgeordnetenhaus beendete die zweite Berathung der Vorlage über die Sekundärbahnen und genehmigte sämmtliche übrigen Positionen außer der für den Bau des Direktionengebäudes in Bromberg geforderte. Die Position für den Umbau des Kölner Bahnhofs wurde fast einstimmig genehmigt. Die Rechnung der Oberrechnungskammer wurde der Rechnungskommission überwiesen. Der Gesetzentwurf betreffend die Behandlung der Schulversäumnisse wurde nach unerheblicher Debatte, wobei Windthorst gegen den Entwurf, die übrigen Redner für die Verweisung an die Kommission sprachen, der Unterrichtskommission überwiesen. Hierauf folgte die Geschäftsordnungsdebatte, worauf der Vorschlag des Präsidenten, die nächste Sitzung auf Montag zur Berathung der Verwaltungsgezege anzuberufen, angenommen wurde.

Der Reichstag genehmigte in erster und zweiter Lesung den deutsch-irischen Handelsvertrag.

Bei der fortgesetzten Berathung des Krankenklassengesetzes beläuft Bundesskommisar Lohmann entschieden den Vorschlag, die landwirtschaftlichen Arbeiter schon jetzt obligatorisch zu versichern; er sagt, die Ablehnung des Antrags v. Hertling auf nur fakultative Versicherung dieser Arbeiter könne das ganze Gesetz scheitern machen.

Grollenberg begründet den Antrag der Sozialisten auf Versicherung aller, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt und ein selbstständiges Einkommen bis 7½ Mark täglich haben, und wünscht auch die Einbeziehung der Landarbeiter.

Lohren spricht für die Fassung der Kommission mit dem Antrag v. Hertling.

erhalten haben. Naturgemäß stellt hier die Hauptstadt die größere Zahl von Ausstellern; so haben die Herren Bock, Drescher, Blum, Danner, Dehn, Meyer u. A. aus Berlin ihr Bestes vorgeführt. Aber auch von Auswärtigen sind Manche mit schönen Leistungen vertreten, so z. B. der Feuersänger aus Königsberg i. Pr., Kolbeheim aus Guben, etc. Den übrigen Raum des Saales nehmen die zahlreichen Gartenpläne ein. Bouquet-Manschetten und -Walter haben Heinz & Seelmann-Berlin geschwadoll vorgeführt. Im nächsten Saal haben die Kunstsiecherei, Blumenköpfe, Blumenständen, Jardiniere, Füllhörner, etc. der Firmen A. G. Deutscher Sohn, Wittstock, und Steiner, sämmtlich aus Berlin, Aufstellung erhalten. Hier steht auch der Verlag von Paul Parey-Berlin seine empfehlenswertesten gärtnerischen Werke, darunter die berühmte deutsche Pomologie des Königl. Garten-Inspectors Laube und die Gartenzeitung von Prof. Wittmaack. Gleichmäßige Mafartbouquets und Saamen führt Emil Thiele Nachfolger-Berlin vor. Im Treppenraum passieren wir an den Blumen-Kunstpreisen von Breyer-Berlin vorüber in den nächsten Saal, dessen Hauptausstellungsgegenstände das große Kartoffel-Sortiment von Fr. Behrs-Cöthen und das Obstskabinett von Victor Dürfeld-Oberhannibal bilden. Der Kunsthändler Otto Nagel-Hamburg hat hier seine vielgefaulten geschmackvollen Arrangements von künstlichen Blumen gleichfalls ausgestellt. Im nächsten Raum festelt uns das konservierte Obst aus dem pomologischen Welt berühmten Garten des Kammerherrn v. Bebr (Kunstgärtner Dönnau) auf Schmoldow bei Güstrow in Neu-Borpommern. Eine kleine Welt für sich bildet die Ausstellung in dem darauf folgenden letzten Saal. Hier, wie in allen Räumen des Obergeschosses hat Fr. Garteninspektor Wedem als Ordner fungirt. Das Mittelstück bildet eine prächtige Kollektion von Agaven, Yucca, etc. ausgestellt von der Gartenverwaltung des Prinzen Albrecht von Preußen. Es sind v. Jacob'sche Originalpflanzen. Daneben steht eine der glänzendsten Leistungen der Ausstellung, die Kollektion von 43 Sorten Legionen in 12 Neuenten vom Bankier Helmig-Berlin (Obergärtner Krüger). Verdienstvoll ist die scheinende Ausstellung exotischer Nutzpflanzen des königl. Universitätsgartens in Berlin. Sehr schön sind die Agaven und Cacteen von Haage und Schmidt-Erfurt und die Cacteen von Haage jun. Erfurt. Dann müssen hier noch genannt werden die Cinerarien der Frau Kommerzienrätin Reichenheim-Berlin, die Cyclamen des Stadtrath Sarre-Berlin, die Primeln des Herrn Wielke-Schöneberg und einige schöne Leistungen der v. Bücker'schen Parkverwaltung und der Gräßl-Hardenberg'schen Garterverwaltung. Es ist unmöglich, allen Leistungen gerecht zu werden; es hatte deshalb auch die unter Vorsitz des Hofmarschall v. St. Paul-Hilare zusammengetretene Jury einen schweren Stand, da es sich um etwa 400 Preise handelte, welche zu verteilen waren. Jedenfalls muß das Eine anerkannt werden, daß die Große allgemeine Gartenausstellung zu Berlin 1883, von der vorstehender Bericht nur ein dürriges Bild entrollen konnte, noch niemals in Berlin ihres Gleichen geboten hat und daß durch sie die hortikitorischen Bestrebungen unserer Nation wieder um ein gutes Stück gefördert worden sind. A. B.

Schräder sprach für den Antrag Ansfeld, wonach der Versicherungszwang auf Diejenigen ausgedehnt werden soll, die in der Landwirtschaft Verwendung finden sollen, mit Ausnahme des Gefindes.

Sonnemann für den Kommissionstrag.

Nachdem Bühlert und Gutfleisch das Wort ergriffen, vertagte sich der Reichstag auf morgen.

[Gewerbe-Ordnungs-Kommission.] Gegenüber Hirsch, welcher die Regelung des Kantinenwesens im Wege der Gesetzgebung verlangt, bemerkte der Kriegsminister, für die Armee sei der Befehl des obersten Kriegsherrn Gesetz; eine größere Garantie als in dem entschiedenen Willen des Kaisers, solchen Missbräuchen entgegenzutreten, könne auch durch einen Alt der Gesetzgebung nicht geschaffen werden. Der Kriegsminister bemerkte ausdrücklich, er habe die bisherigen Erklärungen mit Allerhöchster Zustimmung abgegeben, und darin nur den Willen des Kaisers zum Ausdruck gebracht. Auch erklärte sich der Kriegsminister bereit, seine desfallsigen Erklärungen im Plenum des Reichstages zu wiederholen und war einverstanden, daß dieselben in das Protokoll der Kommission aufgenommen werden.

Berlin, 20. April. [Privat-Telegramm der Posen-Zeitung.] Der Kronprinz reist mit dem Grafen Moltke, den Botschaftern Grafen Széchenyi, Launay, Lord Ampthill, v. Saburoff und den Gesandten von Spanien, Belgien und Brasilien morgen Vormittag nach Schwerin zur Beisezung des Großherzogs.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 20. April.

Der „Dziennik Poznański“ enthält unter dem 17. April c. in seiner Nr. 87 einen Artikel, welcher unter dem Titel: „Przyczynek do kroniki szkół tutejszych“ (Beitrag zur Chronik der hiesigen Schulen) die Bürgerschule und ihren Dirigenten, den Rector Hecht, zum Gegenstande der gehässigsten Verdächtigungen gemacht hat. Es wird in dem betreffenden Artikel Folgendes gesagt:

Nach der Schule auf der Allerheiligenstraße, welche zuerst polnische Schüler mit deutschen Namen in die deutsch-katholische Religions-Abteilung einverlebt, thut sich die Bürgerschule am meisten hervor, unter den Polen Deutschkatholiken aufzufinden. Wenn Vorstellungen und Proteste nichts fruchten, melden die Eltern ihre Kinder ab, und um jener Proskription zu entgehen, ichden sie dieselben in die Freischulen; aber dem Rector v. Hecht ist es nicht zu umständlich, bogenlange Schreiben an die Leiter jener Schulen zu schicken, um sie zu einem, seinem Geiste entsprechenden Verfahren zu veranlassen. Jetzt neuerdings hat er einen solchen bogenlangen Bericht hinter der Schülerin Garszta hergeschickt, welche — um sich seiner Obhut zu entziehen — in eine andere Schule übergegangen ist. Nachdem v. Hecht den Grundsatz angenommen hat, die Nationalität nach dem Namen zu beurtheilen, hat dieselbe unter anderen neu aufgenommenen Mädchen zwei Polinnen: Feder und Dekiert, welche außer dem Namen nichts Deutsches an sich haben und am allerwenigsten die deutsche Sprache kennen, als Deutsche eingeschrieben. Er hat die Eltern, welche doch die Kinder nicht deshalb in die Schule bringen, daß man sie dort von Polen in Deutsche verwandle, sondern daß man sie dort etwas Nützliches und vor Allem die Wahrheit lieben lehre, dadurch schwer beunruhigt.“

Aus Vorstehendem erhellt, daß dem Rector der Vorwurf gemacht wird, als zwänge er ungerechter Weise polnische Kinder am deutsch-katholischen Religionsunterrichte Theil zu nehmen. Dem ist indeß nicht so, sondern er bemüht sich nur, deutsche Kinder nicht polnisieren zu lassen. Wenn dann in dem Artikel gesagt ist, es sei dem Rector Hecht nicht zu umständlich, bogenlange Schreiben an die Leiter der Freischulen zu schicken, um diese zu einem, seinem Geiste entsprechenden Verfahren zu veranlassen, so muß dies als direkte Unwahrheit bezeichnet werden. Der Rector Hecht hat außer dem nachfolgenden Schreiben überhaupt noch niemals irgend welche diesbezügliche Schriftsätze an die Leiter der Freischulen oder anderen Unterrichts-Anstalten gerichtet. Dieses aber lautet:

Posen, den 16. April 1883.

Herr Rector N. N. Wohlgeboren hier, erlaube ich mir ergebenst anzugeben, daß aus der ... Stadtschule folgende Kinder in die Bürgerschule aufgenommen worden sind: (folgen die Namen der aufgenommenen Kinder mit Angabe der Konfession) In Folge Verfügung des Königl. Kreis-Schulinspektors vom 11. Dezember 1882, S. Nr. 7500/82 I erlaube ich mir ergebenst anzuhören, ob die vorstehend angegebenen Religionsverhältnisse richtig sind.

Ergebnis:

Hecht, Rector der Bürgerschule.

Zu dieser Anzeige und Anfrage war der Rector Hecht, nach der angeführten Verfügung vom 11. Dezember 1882 S. Nr. 7500/82 I verpflichtet; denn dieselbe lautet wörtlich:

Ein zu meiner Kenntnis gelangter Beschwerdefall giebt mir Anlaß, die Herren Rektoren, ergebenst zu ersuchen, bei der Aufnahme von Kindern, welche bereits eine andere städtische Schule besucht haben, sich genau zu vergewissern, ob sie in derselben an dem evangelischen oder katholischen Religionsunterrichte Theil genommen und ob sie den letzten in deutscher oder polnischer Sprache erhalten haben.“

Der königl. Kreis-Schulinspiztor des Stadtkreises Posen

i. B.

Herse,

II. Bürgermeister.

Hiernach ist das von dem Rector Hecht beobachtete Verfahren vollständig pflichtgemäß. Wenn in dem Artikel ferner gesagt worden ist: „Jetzt neuerdings hat er einen solchen bogenlangen Bericht hinter der Schülerin Garszta hergeschickt, welcher, — um sich seiner Obhut zu entziehen, — in eine andere Schule gegangen ist!“ so ist dies ebenfalls eine so aus der Lust gebrachte Behauptung, wie die erste; denn weder ist die Schülerin Garszta in eine andere Schule übergegangen, noch hat der Rector Hecht einen bogenlangen Bericht hinter ihr hergeschickt. Dieselbe ist vielmehr jetzt zu Ostern aus Klasse VI. nach Kl. V. versetzt worden und besucht die Schule regelmäßig. Wenn dem Rector Hecht des weiteren der Grundsatz untergeschoben wird, er beurtheile die Nationalität nach dem Namen, so ist dies eine

ganz falsche sinnlose Annahme und böswillige Unterschiebung, denn folgende Knaben und Mädchen sind jetzt zu Ostern 1883 als Lernansänger trotz ihrer ganz deutschen Namen in dem Schüler-Album der Bürgerschule als polnisch-katholisch eingetragen worden, weil sie eben nicht deutsch, sondern nur polnisch sprechen: a) Knaben: 1. Schulz Franz, 2. Schulz Wladislaus, 3. Feder Wladislaus, 4. Beyer Leon, 5. Lange Kazimir, 6. Kohl Wladislaus, 7. Jonas Kazimir; b) Mädchen: 8. Feder Pelagia, 9. Schwarz Helene, 10. Bader Wladisawa, 11. Kalk Sophie, 12. Klinge Marie, 13. Neymann Marie.

Diese Namen beweisen viel eher, daß man polnischerseits wohl das Polonisten von deutschen Kindern sehr gut verstanden hat, aber sie thun nicht dar, daß der Rector Hecht die Nationalität nach den Namen beurtheilt. Wenn endlich der Artikelbeschreiber des „Dziennik Pozn.“ gesagt hat, der Rector Hecht hat unter anderen neu aufgenommenen Mädchen zwei Polinnen: Feder und Dekiert als Deutsche aufgenommen, so ist diese Angabe ebenfalls vollständig unwahr, denn der Rector Hecht hat die Schülerin Pelagia Feder weder als deutsches-katholische Schülerin in seinem Album eingetragen, noch ist sie der deutsch-katholischen Religions-Abteilung zugethieilt worden; dieselbe empfängt vielmehr den Religionsunterricht in polnischer Sprache. Was aber die Schülerin Dekiert anbelangt, so hat der Rector Hecht jetzt eine Schülerin dieses Namens überhaupt nicht aufgenommen. Zwar besucht eine Schülerin Dekiert die Bürgerschule seit Ostern 1882; aber auch diese ist im Schülerinnen-Album als polnisch-katholisch eingetragen und empfängt den Religionsunterricht in polnischer Sprache. — Aus den geschilderten, wahrheitsgemäßen Thatsachen, die jeden Augenblick durch die amtlichen Bücher der Bürgerschule und durch Zeugen bestätigt werden können, geht hervor, daß der „Dziennik Pozn.“ lügenhafte und böswillige Verleumder haben muß, die offenbar der Bürgerschule nahestehen. Dem „Kuryer Pozn.“ aber, welcher in seiner Nr. 88 vom 18. April c. den „Dziennik“-Artikel wörtlich abgedruckt hat, darf dieser Fall wohl als Lehre dienen und ihn veranlassen, in Zukunft nicht Alles ohne Weiteres abzudrucken, was böswillige Verleumder in die Spalten des „Dziennik“ gebracht haben.

d. [In Betr. des neuen kirchenpolitischen Gesetzentwurfs] bringt der „Kuryer Pozn.“ nachfolgende Mittheilungen „aus guter Quelle“: Die Nachricht der „Kölner Zeitung“, daß der Reichskanzler schon im Herbst v. J. beabsichtigt habe, dem Landtage einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Messe und die Sakramente, vorzulegen, jedoch von diesem Plane in Folge von eindringlichen Vorstellungen Abstand genommen, komme nicht aus schlechter Quelle. Vor einiger Zeit habe der Reichskanzler gegenüber dem Abg. Diez-Barbe, seinem ältesten Freunde aus dem Reichstage, denselben, dem er die erste Mittheilung über die neuesten kirchenpolitischen Pläne gemacht hat, erklärt: schon im Herbst v. J. habe er angeordnet, daß der Entwurf zu einem solchen Gesetze vorbereitet werde, habe aber später davon abgesehen. Weswegen er seine Absicht geändert, das habe er nicht gesagt; es werde jedoch vertheidigt, daß dazu nicht allein die neuralgischen Schmerzen beigetragen, sondern daß den größten Erfolg Einflüsse aus nächster und weiterer Umgebung geübt haben. Er habe damals zum Abg. Diez-Barbe gesagt: es sei eine Unzuträglichkeit, daß die Katholiken keine Freiheit des Gottesdienstes und des Empfangens der Sacramente haben sollen.

d. Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses beabsichtigt, wie der „Kuryer Pozn.“ mittheilt, an den Herrn Minister eine Interpellation wegen der Verfügung der hiesigen königl. Regierung in Betreff der Schreibweise polnischer Kinder zu richten und bei dieser Gelegenheit auch andere Dinge zu berühren. Damit ist wahrscheinlich die Verfügung der königl. Regierung vom 7. April, betreffend die Unterrichtssprache im katholischen Religionsunterricht in den Volkschulen gemeint. — Gleichzeitig erfährt der „Kuryer“, daß in einigen Orten der Provinz polnische Volksschulen in Vorbereitung werden, in denen die Schulangelegenheiten erörtert und entsprechende Resolutionen oder Petitionen beschlossen werden sollen.

d. [Eine Audienz beim Papste] Propst Amman aus Modrz, der Erbe des vor einiger Zeit verstorbenen Propstes Vinzenz Ammann (früher an der hiesigen katholischen Pfarrkirche) wurde am 12. d. M. durch den Kardinal Grafen Ledochowski in einer Audienz dem Papste vorgestellt und überreichte demselben gemäß der testamentarischen Bestimmung seines Bruders 90,000 Frs. Der heilige Vater sprach seine Befriedigung und Anerkennung über die Frömmigkeit und den Glauben des polnischen Geistlichen aus und versprach, für die Seele des Verstorbenen einige Messen zu lesen.

Personalveränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen in den Monaten Februar und März 1883. Es sind ernannt worden: der Staatsanwalt v. Oerzen in Posen zum Amtsrichter in Wongrowitz, der Gerichtsassessor Döpolski in Bischofsburg zum Amtsrichter in Schönlanke; zu Gerichtsassessoren: die Referendarin Honig, v. Potrykowska, Karadowska und Herrnstadt; zu Referendarien: die Rechtskandidaten Petrich und Heinemann; zu Gerichtsschreibern: die etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen Tobiash aus Bojanowo, Moldenhauer auf Schubin in Jaroschin, Hecht aus Bromberg in Birnbaum, Bloch aus Bromberg in Schröda; zu etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: die diätarischen Gerichtsschreibergehilfen Malinski aus Wongrowitz in Bojanowo, Welnicki aus Bromberg (Landgericht), Lewicki aus Budowicz in Schubin; zu diätarischen Gerichtsschreibergehilfen: die Gerichtsschreiberamwärter Eifert aus Chaniaw in Wongrowitz, Pawlicki aus Posen in Budowitz. — Als Gerichtsvollzieher fr. A. abgeordnet: der Gerichtsvollzieheranwärter Münnich von Gnesen nach Czarnkau. — Versetzt sind: der Amtsrichter Unger von Lobsens nach Dt. Krone, der Amtsgerichtsrath Jeske von Gnesen nach Meseritz, der Amtsrichter Lebenheim in Meseritz als Landrichter nach Schneidersmühl, der Amtsrichter v. Wessierski von Wirsitz nach Koschin, der Amtsrichter Dr. Ramann von Koschin nach Lobsens, der Amtsrichter Dr. Hörrner von Kempen nach Koschin, der Amtsgerichtsrath Heine in Dt. Krone als Landgerichtsrath nach Schneidersmühl, der Amtsgerichtsrath Wielcarzewicz von Tielewitz nach Dt. Krone, der Amtsrichter Dr. Starkowski von Tempelburg nach Gnesen, die Gerichtsschreiber Busse von Birnbaum nach Wongrowitz, Grawacki von Tremeszen nach Gnesen, Tyrankiewicz von Jaroschin

nach Rawitsch, Nittschalk von Schröda nach Schneidersmühl, der Gerichtsvollzieher Springer von Gnesen nach Tielewitz, der Gerichtsvollzieher fr. A. Weinke von Tielewitz nach Gnesen. — Pensioniert sind: die Gerichtsschreiber Steinke zu Rawitsch, Jeske daselbst und Koltermann in Gnesen. — Entlassen sind: die Gerichtsschreiber Gladysz und Sydow in Folge Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. — Gestorben sind: der Landgerichtsrath Schubert in Birnbaum.

— Versehung. Der Regierungs-Assessor von Borries ist von hier zur Regierung nach Magdeburg versetzt.

v. Das Komitee für Ferienkolonien hat die vorbereitenden Schritte zur Entsendung blutarmen Kinder nach Flensburg, Skopulöser Kinder nach Noworadom und brustschwacer Kinder nach Salzbrunn gethan. Es erwartet in diesen Tagen die Vorschläge der Herren Aerzte, um welche diese zu Anfang des Winters erachtet werden sind. Da die kranken Kinder spätestens zu Pfingsten in die betreffenden Länder zu senden wären, so würde dem Komitee zunächst damit gedient sein, wenn ihm arme Kinder bezeichnet würden, welche an einer der vorermährten Krankheiten leiden. Die Auswahl der den auszuwendenden Kolonien zuzuteilen kann noch aufgeschoben werden. Nach einer Auskunft des Schatzmeisters stehen noch viele Sammelstellen aus, und hat das Komitee beschlossen, diese nach acht Tagen zurückzuerbeiten, damit die zu verwendende Summe festgestellt werden könne. Die Kolonieorte sind noch nicht bestimmt, da das Gesuch an die Herren Landräthe um Auskunft über geeignete Orte noch unbeantwortet ist. Hoffentlich werden sich auch in diesem Jahre einzelne Gutsbesitzer der Provinz zur unentgeltlichen Aufnahme von Kindern bereit erklären.

r. Im Verein junger Kaufleute hielt am 17. d. M. Professor Dr. Lazarus aus Berlin im Stern'schen Saale vor außerordentlich zahlreichem Publikum einen Vortrag über die Gründe und Ziele geistiger Gemeinschaft. Nach einigen Worten über die Bedeutung und das Wesen des philosophischen Denkens ging der Redner davon aus, daß der Mensch an seinem eigenen Ich hänge und daß, so lange der Mensch existiert, auch dieser Egoismus vorhanden sei, daß aber auch, so alt die Kultur unter den Menschen ist, im Geistesstaat zu diesem Egoismus der Gedanke sei, daß sich der Mensch in geistiger Gemeinschaft befindet. Um anzudeuten, wie sich bei den einzelnen Völkerschaften das Verhältnis des Individualismus zur Gesamtigkeit gestaltet habe, würden nur einige historische Daten herausgegriffen werden. In den ältesten Zeiten der Kultur sei die einzelne Individualität noch nicht zur Geltung gekommen; Besitz, Ehre, Rechtshaltigkeit, der Grad der Freiheit hätten damals nicht für die einzelnen Individuen, sondern für gewisse Gesamtheiten gegolten. So primitiver ein Kulturstamm, desto inniger sei auch der Familien-Zusammenhang; bei den Afghanen berechtigte noch jetzt eine Verbandschaft im siebenten Grade, um Familienrechte geltend zu machen. In den epischen Dichtungen der Griechen erscheinen die Krieger nur als Schwärme (in der Art der Bienenschwärme); die Helden sind Typen und individuell noch nicht vertrieben. Erst mit den lyrischen Dichtern, welche den Blick ins Innere lenken, beginnt die Individualität zur Geltung zu gelangen. In dem Maße, wie nun der Individualismus steigt, tragt er auch den Geist des Unterganges für das Volkstümliche in sich, indem durch die Schärfe des Individualismus der öffentliche Geist zerstört wird; so ist es bei den Griechen, bei den Römern gewesen. Den Römern ziemlich hart entgegengesetzt seien die Juden; bei ihnen sei der Individualismus frühzeitig stark ausgebildet gewesen; daher seien sie auch schwach gewesen im Bau und in der Erhaltung des Staates, dagegen stark in der Religion. Nach dem Untergange Griechenlands und des römischen Staates treten andere Völker auf, bei denen die Individualität gering ist; es gibt bei ihnen nur allgemeine Züge, aber die Einzelnen sind individualitätslos. Später, zur Zeit der Renaissance, bilde sich zunächst in Italien der Begriff des gebildeten Menschen, des ausgeprägten Charakters aus; dann komme in Deutschland noch etwas Anderes hinzu, um die Individualität auszubilden. Die Reformation habe als Forderung die Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen, die Notwendigkeit, sich selbst zu prüfen, die Selbstbetrachtung eingestellt, und diese Selbstbetrachtung sei fortan das Zeichen der modernen Zeit geblieben. Descartes: Cogito, ergo sum. Aber schon vor diesem Philosophen habe Shakespeare in dem Monologe Richards III. im 5. Akte zum ersten Mal die Art an den Gedanken gelegt, als ob mit unserem Ich auch die Liebe zu unserem Ich verbunden sein müsse, und als ob der Maßstab für unsere Handlungen in dem Einzelnen, nicht in der Gemeinschaft der Geister zu suchen sei. In Deutschland sei während des Zimmers des dreißigjährigen Krieges der Gedanke des Individualismus verloren gegangen, und habe erst im vorigen Jahrhundert begonnen, sich wieder zu entwickeln. — Der Individualismus finde seine Begründung vornehmlich in der psychologischen Einheit des Bewußtseins in uns, welche bedingt, daß alle unsere Gedanken eine harmonische Einheit ausmachen; es sei dies der psychologische Grundcharakter des Menschen. Es liege im Wesen des Menschen, daß jeder seine eigenen Interessen verfolge und seine scharfe individuelle Prägung bewahre. Alle schöpferischen Tätigkeiten beruhen auf dem Grunde der Individualität. — Auf der anderen Seite dagegen gebe es viele Gründe, welche gegen den Individualismus sprechen. Die wesentlichen Mittel für das Bestehen der öffentlichen Intelligenz und Sittlichkeit gehen aus der Gemeinsamkeit hervor. Die Sprache sei ein Gegenstand der Gemeinschaftlichkeit, wiewohl dies nicht ausschließt, daß das Verhältnis zwischen den einzelnen Individualitäten am besten aus der Sprache zu erkennen ist. Die Beziehungen zwischen der Individualität und der Gesamtigkeit treten ferner hervor in der Ehre, die ja zum großen Theil darin besteht, wie Andere über den Einzelnen denken, in dem Rechte und dem Geseze, welches nicht bestehen könnte, wenn die Gerechtigkeit eine individuelle wäre, in dem Staate, in der Religion, welche verlangt, daß die Menschen sich als Kinder eines Vaters, des Schöpfers, betrachten. Jede ethische Theorie werde sich damit zu beschäftigen haben, daß sie das Verhalten des Einzelnen zur Gesamtheit betrachtet. In ethischer Beziehung könne man an dem Grundgedanken festhalten, daß das Leben des Einzelnen sich zwar um das eigene Ich (wie die Erde um sich selbst), gleichzeitig aber auch um die Idee der Humanität (wie die Erde um die Sonne) dreht. Je mehr der Mensch darauf bedacht ist, daß er in der Gesamtheit wirke, für diese fruchtbar sei, desto reicher werde sich auch seine Individualität ausbilden, und je energischer eine Individualität ist, desto leistungsfähiger werde sie für die Gesamtheit sein. Unser Zeitalter habe die Schärfe des Individualismus durch das Gemeinwesen, das Kreislaufes usw. seine Spitze abgebrochen, aber noch sei man nicht daran, den Grundgedanken des Egoismus zu brechen. So wie wir gegenwärtig die Sache ansehen, steht in dem Grundgedanken des Egoismus eine ungenügende Auffassung des menschlichen Berufes. Der Mensch sei nicht dazu da, um nur für sich zu sinnen und seinen Genuss in der Predigtigung der eigenen Interessen zu finden. Nichts in der Welt thue so wohl, als Wohlthaten, die man Anderen bereitet, und gerade durch das Bestehen auf den eigenen Interessen vergällt man sich oft das Leben. Der wahre Genuss des Lebens sei nur in der Gemeinschaft mit Anderen zu finden. Künftig werde die Zeit kommen, wo nicht das eigene Interesse, sondern das Interesse der Gemeinschaft das zuerst Individualität entwickeln und aus diesem Verhältnis sich eine Steigerung der Energie des Einzelnen und die Predigtigung der Würde der gesamten Menschheit ergeben.

A. Sparmarken. Von der Sparkasse sind in der Zeit vom 17. März bis 17. d. M. 996 Sparmarken wieder eingelöst und darauf 983 Sparinlagen gemacht worden. Gegen den Vormonat, in welchem 863 derartige Einlagen gemacht wurden, ist also eine Zunahme von 133 Einlagen aus Sparmarken zu verzeichnen. In den Händen des

Bülkums und der Verkaufsstellen befinden sich gegenwärtig 15,870 Sparmarken, die mit den bisher eingelösten 32,030 Stück zusammen einen Umsatz von 47,900 Stück ergeben.

Garnisonwechsel. Mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 28. März cr. ist bestimmt worden, daß das Füsliere-Bataillon 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 6 am 1. Oktober d. J. von Samter nach Polen zu verlegen ist.

r. Zwei Militär-Sträflinge von der auf der Eichwaldstraße seit einiger Zeit beschäftigten Arbeiterkolonie versuchten gestern Vormittags zu desertieren und ließen, nachdem sie an die Warthe gelangt waren, an dieser entlang. Zwei Gefeuete, welche die Aufsicht über die Sträflinge führten, gaben mehrere Schüsse auf die beiden Deserteure ab, ohne jedoch dieselben zu treffen. Erst zwei Militär-Ordonnanz, welche auf der Eichwaldstraße Pferde zurückten und die Flüchtlinge alsbald verfolgten, gelang es, dieselben an der Freibadstelle einzuholen und dort zu verhaften; durch eine Militärpatrouille wurden die Deserteure alsdann nach der Hauptwache geschafft.

r. Ein eisernes Schornsteinrohr, welches auf einem Schornstein des Gebäudes Ecke der Breiten- und Gr. Gerberstraße (Hotel de Paris) angebracht war, flog gestern Nachmittags in Folge des festigen Windes herab und fiel auf das Trottoir unmittelbar neben einer dort stehende Frau, welche ihr Kind auf dem Arme hielt; glücklicherweise sind weder Mutter noch Kind beschädigt worden.

r. Ein kleiner Ruckbrand fand gestern in dem Hause Wasserstraße 11 statt, indem sich der Ruck in dem Schornsteine einer dortigen Bäckerei entzündet hatte. Der kleine Brand erlosch bald von selbst, ohne daß eine Alarmierung der Feuerwache erforderlich gewesen wäre.

r. 16 „Naturforscher“, sämmtlich aus Jerzyce, wurden gestern in den Hößen biesiger Grundstücke von Schutzmannen, die mit Ziellanzügen bekleidet waren, verhaftet und nach dem Polizeidirektorium gebracht, von wo sie nach Jerzyce geschafft und alsdann die schulpflichtigen unter ihnen der Schule, die übrigen dem Ortschulzen zur weiteren Veranlassung übergeben wurden.

d. Gegen das Bettelunwesen vor den Thüren und in den Vorhallen der hiesigen Kirchen, sowie vor den Kirchhofstören, ist von der königl. Polizei-Direktion eine Bekanntmachung erlassen worden, in welcher die hiesige Einwohnerschaft eindringlich gebeten wird, keinem der vor Kirchen und Kirchösen sich aufstellenden Bettler irgend ein Almosen zu verabreichen. Zu dieser Bekanntmachung bemerkte der „Kurier Pom.“: „Die Polizei hat unweifhaft Recht, daß es sich nicht gehöre, Bettler, von denen man überzeugt sein kann, daß sie das ihnen gegebene Almosen in unvördiger und nicht entsprechender Weise benutzen, eine Unterstützung zu geben.“ Was sagt dazu der Defan Gantowski in Brudnia, welcher die Almosen als ein „gutes Werk“ à tout prix aufrecht erhalten will und gegen jede vernünftige Organisation der Wohltätigkeit die Lehre der katholischen Kirche, daß das Almosen ein „gutes Werk“ sei, als Einwand erhebt?

r. Diebstähle. Gestern Vormittags wurde einem Kaufmann auf der Gr. Ritterstraße aus seinem Laden durch einen unbekannten Mann ein Paket mit 3—4 Taschenmessern gestohlen. — Einer auf der Bäckerstraße wohnenden Frau ist von unverschlossenem Boden ein Oberhemd im Werthe von 6 Mark entwendet worden; dasselbe wurde später bei einem Arbeiter, der es auf dem Leibe trug, gefunden. — Einer Fuhrmannsfrau am Schweinemarkt wurde am 17. d. M. aus unverschlossenem Hause ein Kopftüllen in rother Einschüttung mit weißgeblümtem Bezug gestohlen.

!! Wreschen, 19. April. [Klassensteuer-Veranlagung. Verhaftung. Durchschnittspreise. Vorstellung.] In hiesiger Stadt werden von 4975 Personen an Klassensteuer pro 1883/84 im Ganzen 5811 M. aufgebracht, und zwar in der 1. Steuerstufe steuern 244 Personen (Benzitzen) a 3 M., in der 2. 93 a 6 M., in der 3. 39 a 9 M., in der 4. 38 a 12 M., in der 5. 33 a 18 M., in der 6. 18 a 24 M., in der 7. 11 a 30 M., in der 8. 15 a 36 M., in der 9. 8 a 42 M., in der 10. 13 a 43 M., in der 11. 10 a 60 M., und in der 12. 6 a 72 M. — Das Dienstmädchen Francisca Olejniczak, im Dienste des Kaufmanns S. Borek hier stehend, welches wegen Ungehörigkeit den Dienst verlassen sollte, ist unter dem Verdachte, der Haushfrau Schweißsäure in den Thee gethan zu haben, verhaftet und die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft in Gnesen zur Anzeige gebracht worden. — Die Preise der wichtigsten Nahrungsmitte etc. stellten sich pro März in hiesiger Stadt wie folgt: Weizen 14 M., Roggen 11,45, Gerste 11,30, Hafer 10,75, Eiben 17 M., weiße Bohnen 23,30, Linsen 22,50 und Kartoffeln 4,05 pro 100 Kilo. Roggen- und Weizenstroh preiste für dasselbe Quantum 3,25 und Heu 4,25. Rindfleisch wurde mit 90 Pf. Schweinefleisch mit 1,10, Kalbfleisch mit 87 Pf. Hammelfleisch mit 87 Pf. Speck mit 1,10. Butter mit 2,20 für 1 Kilo und das Schokolade mit 2,10 bezahlt. — Der Regentorimer Jans Morri hat unter Mitwirkung des Sängers G. Rossi in voriger Woche hier eine Vorstellung gegeben, die sich eines zahlreichen Besuchs erfreute und vielen Beifall fand. Der Künstler wird auf vielseitiges Erüben voraussichtlich noch eine zweite Vorstellung geben.

Der Birnbaum, 19. April. [Allgemeine Unterstützungs-Kasse für Lindenstadt. Amts-Anwaltschaft. Vertretung. Bezirksabtrennung. Personalien.] Am Sonntag fand im Rathaus zur Sonne die diesjährige Generalversammlung der Allgemeinen Kranken-Unterstützungskasse für Lindenstadt-Großdorff statt. Dem in derselben erfassten Jahresberichte entnehmen wir Folgendes: Der Verein zählt 70 Mitglieder, wovon im Laufe des Jahres 21 mit einem Gesamteintrittsgeld von 10,50 M. neu beitreten. An Krankheitsfällen waren im Laufe des Jahres 20 zu verzeichnen. An Einnahmen hatte der Verein mit den 119,25 M. Besitz aus dem Vorjahr 476,13 M. an Ausgaben dagegen 353,25 M., so daß der Kasse am 1. April d. J. ein Bestand von 122,88 M. verblieb. Nachdem dem Rendanten Decharge ertheilt, wurden an Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zimmermann Aschenbrenner und Lemmerer Fischer, die Zigarrenmacher Aichenbrenner und Mathes, zu Kassenvorvisoren der Böttcher E. Vollmers und der Stellmacher Mathes, und zumstellvertretenden Kassire E. Vollmers gewählt. — Die von dem nach Samter versetzten Distrikts-Kommissarius Löß verwaltete Amts-Anwaltschaft am hiesigen Amtsgerichte hat der Bürgermeister Mack übernommen. — Mittels Erlasses vom 30. März d. J. hat der Herr Minister des Innern die Vertretung des hiesigen Landrats während der Dauer der Theilnahme desselben an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses dem Ritterguts-pächter Herrn Niels zu Wierbaum übertragen, derselbe wird jeden Dienstag und Freitag Vormittags von 9 bis 11 Uhr im Bureau des hiesigen Landratsamtes zu event. persönlicher Rücksprache anwesend sein. Die Kirchenbücher der katholischen Pfarre in Bielefeld werden während der Abwesenheit des Probstes Czerwinski von Bielefeld im Bureau des vorwähnten Landratsamtes aufbewahrt und sind Anträge auf Ertheilung von Tauf-, Todten-etc. Scheinen aus diesen Kirchenbüchern an das Landratsamt zu richten. — Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz ist das Mühlengrundstück Kloßnowitz hiesigen Kreises unter Abtrennung von dem Gutsbezirke der Oberförsterei Bielefeld in kommunaler Beziehung mit dem Gutsbezirke Chalin vereinigt worden. — Für die Gemeinde Ratschlin ist der Eigentümer Lück zum Ortschulzen und Ortssteuererheber, der Eigentümer Röhl zum Gemeindeschulzen und der Eigentümer Niesel zum Schulhaussendanten gemacht und bestätigt worden.

II Bromberg, 20. April. [Französische Ingenieure.] Seit gestern wetten hier drei französische Ingenieure, die Herren Flamaut, Ingénieur en chef des Ponts et chaussées de France, und Cadart, Ingénieur des ponts et chaussées de Paris, zur Beauftragung der Wasserwerke in hiesiger Gegend. Gestern sind dieselben in Begleitung des Reg.-Bauraths Michaelis und des Bauamtschefs Seel in Brabau gewesen, um die Anlagen auf der kanalisierten Brahe in Augenschein zu nehmen; heute sind dieselben nach der kanalisierten Neve gefahren.

Aus dem Gerichtssaal.

Δ Posen, 19. April. [Schwurgericht. Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge.] Heute begannen unter dem Vorste des Landgerichts-Direktors Müller die Verhandlungen der 3. diesjährigen Schwurgerichtsverhandlung. Auf der Anklagebank befand sich der Schneider Kazimir Chocki aus Samter. Derselbe soll am 23. Januar d. J. in Samter den Arbeiter Valentim Janowski derart körperlich gemischt haben, daß durch die Misshandlung der Tod des Verlegten verursacht worden ist.

An dem gedachten Tage kam Janowski mit einigen anderen Arbeitern in eine Schänke in Samter und konsumierte daselbst mit seinem Genossen etwas Schnaps. Als es zum Lokale führte, erklärte Janowski, daß er kein Geld bei sich habe, worauf der Wirth erwiderte, daß er dies doch hätte früher sagen sollen. Hierüber wurde Janowski unwillig und machte Redensarten, so daß der Wirth sich genötigt sah, ihn am Arme zu fassen und aus dem Lokale herauszuführen. Janowski blieb auf der steinernen Treppe vor der Schänke mit dem Gesicht zu der zum Lokale führenden Glashütte gewandt stehen und machte seinem Unwillen durch Schmähungen Luft. In diesem Augenblick erhob sich der Angeklagte, der bis dahin in derselben Schänke sich befunden und mit einem anderen Karten gespielt hatte, von seinem Platz und wollte hinausgehen. Obwohl der Angeklagte mit Janowski bis dahin noch kein Wort gesprochen hatte, stieß er dem Wirth, daß er mit Janowski Händel anfangen wollte, weshalb er ihm zurief, er möge den Janowski in Ruhe lassen, da er sich um denselben gar nicht zu kümmern habe. Trotzdem stieg der Angeklagte, als er die Schänke verlassen hatte und bis auf die Treppe gelangt war, den Janowski so vor die Brust, daß derselbe rücklings die 3 Stufen hohe Treppe hinunter auf das Straßengelaß fiel und sich so sehr verletzte, daß er höchstliegen blieb und nach kurzer Zeit, in Folge der Verletzungen verstarb. Der Angeklagte trat sofort in die Schänke zurück, blieb hier einen Augenblick ohne jedoch um Hilfe für Janowski zu bitten und begab sich darauf nach Hause.

In der heutigen Verhandlung bestritt der Angeklagte, den Janowski gestochen zu haben. Er sei an demselben vorübergegangen und habe ihn hierbei unabsichtlich gestreift. In Folge dessen und in Folge seiner Trunkenheit sei Janowski die Treppe verunfallen. Er habe gar keinen Grund gehabt, dem Janowski zu nahe zu treten, da ihm derselbe vollständig unbefangen gewesen sei. Daß Janowski in dem Maße betrunknen gewesen ist, wie der Angeklagte behauptete, ergab die Beweisaufnahme durchaus nicht.

Die Geschworenen fanden die Angeklagten unter Annahme mildernder Umstände des ihm zur Last gelegten Verbrechens schuldig. Der Gerichtsbof verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis.

*** Posen, 19. April. [Strafammer.]** Bekanntlich fand am 10. September v. J. im Victoria-Palais ein polnisches Volksfest zum Beste des Subventionsfonds des hiesigen polnischen Theaters mit einer Verloosung ohne behördliche Genehmigung statt. Heute standen sechzehn Personen vor der I. Straßammer, welche sich strafbar gemacht haben sollten. Es sind dies der technische Direktor der Lebensversicherungsgesellschaft „Vesta“ Dr. Joseph Kuztelan, der Redakteur Franz Dobrowolski, der Schneidergärtner Wladislaus Antoniewicz, Schriftsteller Anton Gantke, Drucker Ludwig Chojnicki, Tapetier Anton Andruszewski, Beamte der Gesellschaft „Vesta“ Stanislaus Trykowski, Privatsekretär Valentin Manick, Handlungsgärtner Ludwig Uffeltowic, Schriftsteller Valentin Tialek, die Handlungsgärtner Wladislaus Fischbach, Marian Mistkiewicz, Johann Michalkowski, Apollinaris Piotrowski, Disponent Alexander Bauer und Schreiber Feix v. Sendzicki, und zwar sind die ersten fünf Personen angeklagt, ohne obigeleiße Erlaubnis eine Auspielung beweglicher Sachen öffentlich veranstaltet zu haben und vor Entrichtung der Stempelgabe für die Losse ohne Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde mit dem Losabsatz begonnen zu haben; die übrigen elf Personen, dieben fünf Personen zur Begehung der letzten Straftat wissentlich Hilfe geleistet zu haben. — Vergehen gegen § 286, 47, 49, 73 Reichsstrafgesetzbuchs und § 12, 25 R.-G. betreffend Erhebung der Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881. Das Komitee zur Arrangierung dieses Volksfestes bestand aus Vertretern verschiedener polnischer Vereine. In den zu diesem Bebuse abgehaltenen Versammlungen führte Dr. Kuztelan meist den Vorstand und mit Dobrowolski hauptsächlich das Wort. Der Polizeipräsident, welcher von der beabsichtigten Auspielung Kenntnis erhalten hatte, richtete unter dem 5. September an den Vorstand der Aktiengesellschaft „teatr polski“ d. h. des Dobrowolski ein Schreiben, inhalts dessen er darauf hinwies, daß zu dieser Auspielung die Genehmigung des Oberpräsidenten erforderlich sei. Hierauf wurde von dem gedachten Vorstande unterzeichnet Dobrowolski, Cegielski, erwidert, daß das Schreiben an die Beransteller der Lustspiel zur Beachtung abgegeben worden sei. Demnächst erschien Dr. Kuztelan bei dem Polizeipräsidenten und bat um Rücknahme der Verfügung, wurde indessen abschlägig beschieden. Auf eine erneute, an den Polizeipräsidenten gerichtete und Cegielski, Dr. Kuztelan unterzeichnete Vorstellung um Erlaubnis zu einem Würfelspiel wurde durch Verfügung des Polizeipräsidenten vom 8. September die Genehmigung zum Auswürfeln geringfügiger Gegenstände unter ausdrücklichem Hinweis auf die Regierungspolizeiverordnung vom 6. April 1877 unter deren abschriftlicher Mittheilung ertheilt, auch wurde gestattet, Gegenstände, welche einen Werth über 6 M. hatten, auszustellen, jedoch mit der Maßgabe, daß dieselben gesondert von den auszuwürfeln Sachen zur Schau gestellt und diese, wie jene, mit einer ihre Zweckbestimmung verlündenden Aufschrift behufs Orientierung des Publikums versehen werden mühten. Zu diesem Feste hatte Federmann gegen ein Entree von 50 Pf. Zutritt. Polizeikommissarius Crustus nahm vor einem Zelte, das hinter dem Restaurationsgebäude errichtet war, mehrere Tische wahr, um welche eine große Menschenmenge gruppiert war. Bei seinem Herannahen schrie Demand in polnischer Sprache: „Nicht mehr verkaufen, geht, jetzt werden hier keine Losse verkauft.“ Polizeikommissarius Crustus meldete dies dem ebenfalls anwesenden Polizei-Inspektor Glasmann und begaben sich beide an jene Stelle, fanden jedoch dort Niemanden vor, dagegen sahen sie, daß auf der zum Restaurationsgebäude führenden Treppe Gantke und Antoniewicz aus einer von ihnen sieben Drehstrom an Federmann gegen einen Einsatz von 25 Pf. einen zufammlergerollten Papierstreifen verlaufen. Wer einen solchen ohne Nummer erworb, hatte eine Riete gezogen, wer dagegen einen mit einer Nummer versehenen Papierstreifen zog, erhielt in dem dazu errichteten Zelte den darauf entfallenden Gewinn ausgeantwortet. Polizeikommissarius Crustus kaufte selbst vier Losse für 1 M., er erhielt dafür drei leere Papierstreifen, auf dem vierten befand sich die Nr. 106 K, also drei Rieten und ein Gewinn. In einem Zelte wurde auch ein Würfelscherb wahrgenommen, mit der Leitung des Würfelspiels waren Andruszewski und Trykowski beauftragt. Während beide den Polizeibeamten über die für das Würfelspiel maßgebende Methode keine Auskunft geben konnten, behauptet heute Andruszewski, daß er sich mit Trykowski darin geeinigt hätte, daß derjenige, welcher mit drei Würfeln fünf oder mehr Augen würfe, ein Los erhalten sollte, was auch geschehen sei. Die mit der Gewinnertheilung betrauten Personen — die letzten elf der Angeklagten — gaben an, daß die letztere lediglich auf Grund des vorgezeigten Nummernloses erfolgt sei. Polizei-Inspektor Glasmann belegte die Drehstrom und das aus dem Verkaufe der Losse gelöste Geld mit B schlag. Als Vertheidiger der beiden ersten Angeklagten fungierte Rechtsanwalt v. Glebocki, als Vertheidiger der übrigen Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Lewinski. Die Staatsanwaltschaft erachtete die Anklage in allen Punkten für erwiesen und beantragte gegen Kuztelan und Dobrowolski als Hauptleiter der Lotterie je 1000 M. gegen Gantke, Antoniewicz und Chojnicki je 300 M., gegen die übrigen Angeklagten je 100 M. Geldstrafe eventuell für je 10 M. Strafe ein Tag Gefängnis, sowie Einziehung der Drehstrom und des gelösten Geldes. Rechtsanwalt v. Glebocki bean-

tragte Freisprechung, eventuell geringe Geldstrafe. Rechtsanwalt Lewinski plaidierte gleichfalls für Freisprechung, eventuell eine geringe Geldstrafe hinsichtlich des Gantke und Antoniewicz, gegen Chojnicki habe die heutige Verhandlung nichts ergeben und die übrigen Angeklagten hätten bona fide gehandelt, es fehle bei denselben daher der dolus. Der Gerichtsbof verurteilte wegen strafbaren Eigennutzes und Übertretung des Reichsstempelgesetzes den Dr. Kuztelan und Dobrowolski zu je 300 M. Strafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis, den Gantke und Antoniewicz zu je 50 M. Strafe eventuell 5 Tagen Gefängnis und sprach die übrigen Angeklagten frei, indem er sich der Ansicht der Vertheidigung anschloß, auch wurde auf Einziehung der Drehstrom erkannt, jedoch nicht auf Einziehung des gelösten Geldes, weil angenommen wurde, daß dieses Geld nicht Eigentum der Veranstalter der Lotterie war.

Landwirtschaftliches.

Neutomischel, 19. April. [Hopfen.] Noch immer macht sich im Hopfengeschele am Platze hier selbst eine fast vollständige Verkehrsstille bemerklich. In den letzten Wochen wurden von den heimischen Geschäftsleuten für Rechnung bayrischer und böhmischer Handelshäuser nur hin und wieder kleinere Quantitäten übernommen, auch von den Händlern am Platze für Brauerei und Gastwirtschaft nur wenige Einfüsse gemacht. Der Umsatz war darum nur von ganz geringer Bedeutung. Die Preise erhöhten sich meistens auf der bisherigen Höhe, denn man bewilligte für Hopfen besser Güte 425—450 M. für Ware mittlerer Qualität 400—410 M. und für geringeres Produkt 370 bis 390 M. pro Zentner. — Gegenwärtig sind die Produzenten hier und in der Umgegend mit dem Bearbeiten der Hopfensplantagen und dem Anlegen neuer Plantagen vollauf beschäftigt. Der Anbau von Hopfen wird in diesem Jahre in Folge der hohen Hopfenspreise in der hiesigen Gegend eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren, denn es werden viele Neuanlagen in möglichst großem Umfange gemacht.

V. Kurnik, 19. April. [Landwirtschaftlicher Verein.] In der letzten Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Losalvereins wurde zunächst von demstellvertretenden Vorsteher, Herrn Gutsbesitzer Kolin-Elsenhau der Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Etatjahr 1883/84 erstattet. Darnach sind u. A. dem Verein im Laufe des Jahres an Staatssubventionen 770 M. überwiesen worden und zwar 400 M. zu Prämien für die im August v. J. hier selbst veranstaltete Thierschau, 300 M. zu Prämien für die mit obiger Thierschau verbundene Molkereiausstellung und endlich 70 M. zu allgemeinen Be einszwecken (Aufschaffung von Sämereien etc.). Nebenher haben die Einnahmen des Vereins 1526,94 M. die Ausgaben dagegen 1269,60 M. betragen, so daß ultimo März cr. noch ein Rassenbestand von 274,34 M. verblieben ist. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt d. Z. 57. Bullenstationen befinden sich zwei im Vereinsbezirk, von denen inzwischen eine eingegangen ist. In einem längeren Vortrage referierte sodann Herr Wanderlehrer Pfleider aus Posen über die an den Landwirthe der Zeit zu stellenden Anforderungen, indem er zunächst darauf hinwies, daß der moderne Wirtschaftsbetrieb bekanntlich wesentlich erhöhte Anforderungen an das Wissen und Können der Landwirthe stellt, und alsdann besonders betonte, daß in erster Linie das landwirtschaftliche Vereinswesen in dieser Beziehung nach verschiedenen Seiten hin große Vortheile bietet, insfern, als die landwirtschaftlichen Vereine einmal dem einzelnen Landwirthe — insbesondere dem kleineren — die beste Gelegenheit darbieten, sein Wissen zu erweitern und den Fortschritt in seinem Fach zu folgen, sodann aber in zweiter Linie auch der Ausgangspunkt genossenschaftlicher Vereinigungen zum gemeinsamen Bezug von Sämereien, Futterstoffen, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und dergl. werden könnten, auf welche Weise die Vereinsmitglieder also auch direkte materielle Vortheile gewöhnt würden. Die Versammlung folgte dem Vortrage mit lebhaftem Interesse und sprach Herrn Pfleider zum Schlus deselben ihren Dank aus, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Staats- und Volkswirtschaft.

Paris, 19. April. Bankausweis. Zunahme.

Barvorrath in Gold	4,300,000 Frs.
Barvorrath in Silber	2,800,000 "
Gesamt-Vorschüsse	400,000 "
Laufende Rechnungen der Privaten	9,000,000 "
Guthaben des Staatschates	5,100,000 "

Posen, den 21. April 1883.
Dem Herrn Stadtrath Leon
von Chlebowksi ist durch überein-
stimmenden Beschluss der städtischen
Behörden das Präsidat "Stadt-
ältester" verliehen worden.

Der Magistrat.

In Folge stattfindender städtischer
Einquartierung im Monat Mai er-
müssen die mit 1 und 1 Mann ver-
anlagten Grundstücke, welche in der
letzten Zeit frei waren, wieder
belegt werden.

Die Eigentümer solcher Grund-
stücke, welche zur Aufnahme dieses
einen Mannes eingerichtet sind,
wollen dies in der Zeit vom 24. bis
26. d. M. im Servis-Amt anzeigen.
Widrigkeiten auf ihre Kosten Quar-
tier gemietet werden wird.

Posen, den 20. April 1883.

Der Magistrat.

Steckbrief - Erneuerung.

Der von dem Königlichen Amts-
gerichte zu Posen in Nr. 739 pro
1882 hinter dem Dienstmädchen
Antonie Marcinkowska aus Posen
erlassene Steckbrief wird von dem
Königlichen Amtsgericht in Posen
hiermit erneuert.

Der von dem Königlichen Amts-
gerichte zu Posen in Nr. 739 pro
1882 hinter dem Dienstmädchen
Antonie Marcinkowska aus Posen
erlassene Steckbrief wird von dem
Königlichen Amtsgericht in Posen
hiermit erneuert.

August Richter's Söhne
eingetragen steht:

3. Sitz der Gesellschaft:

Samotschin

und Zweigniederlassung Rybojow.
Die Zweigniederlassungen Skorki
und Cerekwica sind gelöscht in
Folge Verfügung vom heutigen Tage.

2. in das Firmenregister unter
Nr. 51, wofür die Firma

S. G. Schoenlank

eingetragen steht:

3. Ort der Niederlassung:

Posen

und Zweigniederlassung

Wiatrowo Forst.

Die Zweigniederlassungen in
Grylewo und Babiezwon sind ge-
löst in Folge Verfügung vom heutigen Tage.

3. in das Firmenregister unter

Nr. 88, wofür die Firma

H. Vahermann

eingetragen steht:

3. Ort der Niederlassung:

Wongrowitz

mit den Zweigniederlassungen:

Nakajady bei Schotzen,

Nendorf bei Nombischin und

Klein-Golle.

4. in das Firmenregister unter

Nr. 154:

Bezeichnung des Firmen-Inhabers:

Herrmann Stenzel.

Ort der Niederlassung:

Bracholin.

Bezeichnung der Firma:

H. Stenzel.

5. in dem Firmenregister sind

folgende Firmen gelöscht:

Nr. 139

Moses Hirsch Bock

in Wietchislo,

Nr. 25

Daniel Hoerder

in Gollauisch,

Nr. 152

Gumpert & Comp.

in Wongrowitz,

Nr. 77

Jonas D. Rothmann

in Wongrowitz.

Wongrowitz, den 16. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Hausversteigerung.

Am 31. Mai 1883, Vormittags
11 Uhr, soll das Grundstück
Gnefen 621 zwangsweise versteigert
werden. Daselbe liegt an der Bahnhofstraße,
besitzt einen etwa 1½
Morgen großen Garten und erscheint
als geräumige Wohnung für eine
in die Stadt ziehende Großgrund-
besitzer-Familie besonders geeignet.
Anfragen wird das Gericht beant-
worten.

Gnefen, am 16. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Der Dünger der beiden hiesigen
Gäladrons wird vom 1. Juli cr. ab
anderweit verpachtet. Reststirende
wollen dem Regiment Gebote pro
Pferd und Monat bis zum 24. Mai
cr. einreichen.

Die Pachtbedingungen sind im
Zahlmeister-Bureau Gr. Gerberstraße
Nr. 55 einzusehen.

2. Leib-Husaren-Regiment

Nr. 2.

Nothwendiger Verkauf.

Die in der Stadt Jarotschin be-
legener, im Grundbuche von Ja-
rotchin Band V Seite 33 u. Band
VIII Seite 105 eingetragenen
Grundstücke Nr. 205 und 363, als
deren Eigentümer die Witwe
Monica Knaufewitsch und die
Catharina und Michael Bodni-
kowitsch'sche Cheleute bez. die
Witwe Monica Ptashewitsch
wiederverehelichte Knaufewitsch
eingetragen steht und von denen
a. das Grundstück Jarotschin Nr.
205 mit einem Flächeninhalt von
1 a 80 qm der Grundsteuer nicht
unterliegt und zur Gebäudesteuer
mit einem Nutzungswerte von 75
Mark;

Posen, den 20. April 1883.

Königliches Amtsgericht.

Am 24. d. Mrs., Vormittags
10 Uhr, werde ich in Bentschen in
meiner Wandkammer:

1 Offizier Paletot, 1 Offizier-
Ueberrock, einen Offizierwaffen-
rock, 2 Paar Tuchhosen, eine
weiße lederne Hose, 3 Mützen,
3 Helme, 1 Offizier-Schärpe,
1 Gala-Kürass, 1 Patronen-
tasche, 6 Paar Spaullets, 2
Terzerole, 2 Pistolen, 1 Paar
Kürassierstulpen, 6 Paar Spor-
ten, 170 diverse Bücher, darunter
Göthe, Hackländer, Riepert-Ull-
las, Klänke, Hausarzt, Mytho-
logie, Nadler's und Meyer's
Reisebild und verschiedene an-
dere Gegenstände

öffentlicht meistbietend gegen gleich
bare Bezahlung versteigern.
Bentschen, den 20. April 1883.

Carow,

Gerichtsvollzieher.

Eine Geschäftsstelle

nebst Wohnung, dicht a. W., in
einer Kreis-, Gymnasial- und Gar-
nisionsstadt d. Prov., wo seit 14 J.
e. lohnendes Baumaterialien, Holz,
Kohlen- und Getreide-Geschäft v. d.
jetzigen Inhaber betrieben w., ist in
Folge Bestzweck zum 1. Oktober
d. J. anderw. gleich auf mehrere
Jahre billig zu vermieten. Näh. in
der Exp. d. Sta.

den 2. Juni 1883,

Vormittags um 10½ Uhr,

im Lokale des hiesigen Amts-
gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und etwaige andere,
das Grundstück betreffende Nach-
weisungen, sowie etwaige besondere
Verkaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei III während der
Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thum oder anderweit, zur Wirk-
samkeit gegen Dritte der Eintra-
gung in das Grundbuch bedürfen,
aber nicht eingetragene Realrechte
geltend zu machen haben, werden
hierdurch aufgefordert, ihre An-
sprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine bei Vermei-
dung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

Mittwoch,

den 20. Juni 1883,

Vorm. um 9 Uhr,

im Lokale des hiesigen Amts-
gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und etwaige andere,
das Grundstück betreffende Nach-
weisungen, sowie etwaige besondere
Verkaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei III während der
Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thum oder anderweit, zur Wirk-
samkeit gegen Dritte der Eintra-
gung in das Grundbuch bedürfen,
aber nicht eingetragene Realrechte
geltend zu machen haben, werden
hierdurch aufgefordert, ihre An-
sprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine bei Vermei-
dung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

Mittwoch,

den 20. Juni 1883,

Vorm. um 9 Uhr,

im Lokale des hiesigen Amts-
gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und etwaige andere,
das Grundstück betreffende Nach-
weisungen, sowie etwaige besondere
Verkaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei III während der
Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thum oder anderweit, zur Wirk-
samkeit gegen Dritte der Eintra-
gung in das Grundbuch bedürfen,
aber nicht eingetragene Realrechte
geltend zu machen haben, werden
hierdurch aufgefordert, ihre An-
sprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine bei Vermei-
dung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

Mittwoch,

den 20. Juni 1883,

Vorm. um 9 Uhr,

im Lokale des hiesigen Amts-
gerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und etwaige andere,
das Grundstück betreffende Nach-
weisungen, sowie etwaige besondere
Verkaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei III während der
Dienststunden eingesehen werden.

Die Zwangsversteigerung von
Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,
die auf den 30. April d. J. ange-
setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königliches Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,

die auf den 30. April d. J. ange-

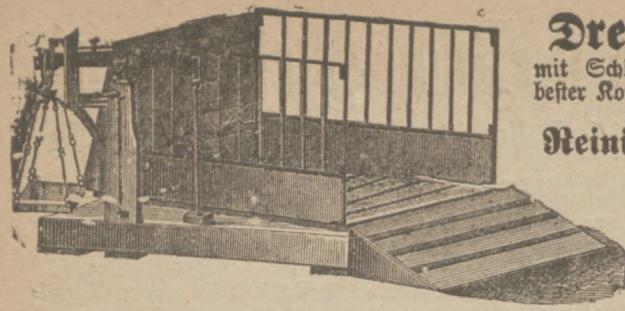
setzen Termine fallen fort.

Kielberg, den 7. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Die Zwangsversteigerung von

Kreuz Blatt Nr. 42 ist aufgehoben,



Dreschmaschinen

mit Schlagleisten und Stiften in bester Konstruktion, sowie mit kompletter Reinigung usw.

Reinigungs-maschinen.

Criens, Häckelmaschinen.

Quetsch- u. Schrotmühlen.

Geküchenbrecher.

Kartoffel-

Kartoffel-Cylinder.



Rüben- und
Kartoffelschneider
neuester
Konstruktion.

Biehwaagen mit 2 Traghebeln auf 4 Punkten ruhend, unter Garantie des Richtigziehens bei unruhigster Belastung.

Pflüge von Rud. Sack in Plagwitz zur Rübencultur, Lokomobilen und Dampfdreschmaschinen von Ruston, Proctor & Comp. in Lincoln empfehlen

Gebrüder Lesser in Posen, Kleine Ritterstrasse 4.

Soolbad Wittekind bei Halle a.S.

eröffnet am 15. Mai seine Sool, Mutterlangen-rc. re. Bäder, der Trinkkuren seiner Quelle, aller Mineralbrunnen und Biegenmolke. Romantische Lage, annehmbar billiger Aufenthalt, vorzügliche Kurheilung. Badearzt Sanitätsrat Dr. C. Graefe. Bezug von echtem Wittekind-Mutterlagent-Salz und Brunnen (mit Schuhmarke). Logis rc durch die Bade-Direktion

Den Eingang

sämtlicher Neuheiten
in französischen und englischen Stoffen
für die Frühlings- und Sommer-Saison
beehren wir uns ergebenst anzuseigen.

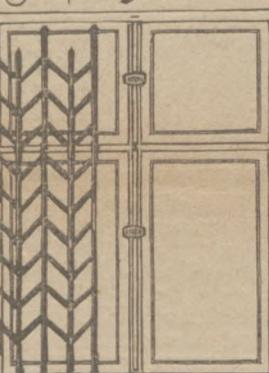
J. & A. Witkowski,
Mode-Magazin für Herren-Garderobe
in Posen, Berlinerstr. Nr. 1.

**Sicherheit gegen Einbruch.
Borns verschiebbares Fenstergitter.**



Patent
No. 5570.

Innen am
Fenster
ange-
bracht,
besteht
das Gitter
aus zwei
Flügeln,
welche
Abends
zu-
sammen-
gezogen
und ver-
schlossen,



am Tage hinter der Gardine verborgen sind und wenig Platz beanspruchen. Die Anbringung ist überall nachträglich zu bewerkstelligen. Preis pro Meter 20 Mk. — Vertreter gesucht.

Hamburg-Berliner Jalonse-Fabrik, Filiale Breslau, Ring Nr. 2.

In einer belebten Gegend ist ein Posamentier-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren-Geschäft unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Anzahlung 8 bis 10,000 Mark. Näheres ertheilt Herr Rothenburger, Breitestr. 7 Hof. 1 Dr.

Ein bei Ostrowo, Kr. Adelnau, ganz nahe belegenes

Gartenetablissement
mit Kegelbahn und 17 Morgen Ackerland ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei G. Pawelltzki, Ostrowo.

Das auf das Eleganste und Bequemste neu eingerichtete, durch Kauf in meinen Besitz übergegangene frühere

Schäfer'sche Hotel

halte ich dem geehrten reisenden Publikum bestens empfohlen.

Das mir während der langjährigen Führung des Rheinischen Hof's in Königsberg i. Pr. diente Vertrauen bitte mir auch in meinem kleinen Wohnort folgen zu lassen.

Hotelwagen zu jedem Zuge am Bahnhof.

Carl Hill, Schneidemühl.

In einer gebildeten irrael. Familie in Berlin finden junge Leute sehr gute Pension, mit eigenen oder geteilten Zimmern.

Nähere Auskunft ertheilt

J. Joachim,

Wasserstraße Nr. 25 III bier.

Hautkrankheiten,

veraltete Syphilis, Harnschwäche, Bettläufer u. Nervenschwäche. Heilt Dr. Birsch, Berlin. Friedrichstr. 51 Behandlung auch brieflich.

In Huben

sind 2 Läden mit Wohnung und allem Zubehör, in bester Geschäftsgegend, zum 1. Juli oder 1. Oktober d. J. zu vermieten.

Residentanten belieben ihre Adressen unter P. P. in der Exped. d. Btg. niedezulegen.

Ein 2ienstr. Zimmer, möbl. oder unmöbl. zu verm. Langestr. 4, part. am gr. Garten.

St. Martin 59, 3 Tr., sind 4 Stuben, Küche rc. sofort oder später zu vermieten.

Eine Sommerwohnung mit Garten billig zu verm. i. d. Dzyczyner Wassermühle bei Günther.

Ein großes Geschäftlokal mit angrenzender Stube ist Markt 55, I. Etage vom 1. Juli cr. zu vermieten.

Näheres bei Max Cohn jr.

2 unmöbl. Part.-Zimmer, vorh. sind Kl. Ritterstr. 5 sofort oder 1. Mai zu verm.

Unterwaltschei 26 ist vom 1. Mai ab für 72 Thlr. eine Wohnung zu vermieten.

Eine Wohnung von 5 Zimmern Küche, Badewanne, Closet u. Nebengelag ist Breslauerstr. 20, II., vom 1. Oktober c. zu vermieten.

Markt 52 ein Laden, worin ein Rauchwaren-Geschäft mit bestem Erfolg betrieben wird, sowie

Wohnungen

vom 1. Juli cr. ab zu vermieten.

Auch sind in demselben Hause mehrere Wohnungen und Läden mit der Front nach der Wasserstraße per 1. Oktober zu vermieten.

Eine Remise, zum Waarenlager geeignet, vom 1. Juli d. J. Theaterstraße 6 zu vermieten.

Geld-Schränke, Kassetten off

billigt: Geldschrankfabrik

Poien, Kl. Ritterstr. 3

gebilligt: Geldschrankfabrik

Poien, Kl. Ritterstr. 3